

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 65. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die heutige Tagesordnung ein.

(Unruhe – Glocke)

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2019 bis 2023 des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7201

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203

erste Lesung

In Verbindung mit:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7318

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7202

erste Lesung

Zur Einbringung dieser Gesetzentwürfe erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manche Beobachtungen sind auch nach Jahrzehnten noch aktuell – vielleicht sogar aktueller denn je –, zum Beispiel die Beobachtung von Ludwig Erhard aus den Aufbaujahren.

Ludwig Erhard warnte damals vor der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit, vor Schwarz-Weiß-Denken und vor dem Hang zum radikalen Entweder-oder. Schon seinerzeit sagte er, dass katastrophale Irrwege oft die Folge davon seien. Eine Ordnung der Mitte sei zwar komplizierter und differenzierter, weil sie zum Nachdenken und zur Rechenschaft zwingt. Das Gefühl für Maß und Mitte bereichere uns jedoch.

Denn differenzierte Antworten sind meist die besseren. Deshalb charakterisiert „Maß und Mitte“ unsere Haushaltspolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir setzen vor allem an zwei Stellen an.

Erstens wollen wir uns nicht länger damit abfinden, dass in Nordrhein-Westfalen wirtschaftliche Chancen ungenutzt bleiben, dass Familien von der Kita bis zur Hochschule immer öfter erfahren, dass es mit der Bildung bergab geht, und dass die mangelhafte innere Sicherheit weitere weltweite Schlagzeilen produziert. Das ist nicht das Nordrhein-Westfalen, das wir wollen. Denn damit bliebe unser Land weit unter seinen Möglichkeiten.

Vom ersten Tag an ging es uns deshalb darum, diese Fehlentwicklungen umzukehren und mit echten strukturellen Investitionen die Schwerpunkte neu zu justieren. Daran arbeiten wir seit dem ersten Tag mit Sorgfalt, mit Herzblut und ohne Ideologie. Denn wir wollen das alte Aufstiegsversprechen, das früher hier in Nordrhein-Westfalen galt, erneuern. Wir wollen das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens gilt in guten wie in schlechten Zeiten, dass wir die gewaltigen Investitionsaufgaben stemmen müssen. Dabei müssen wir mit dem auskommen, was wir einnehmen. Genau das haben wir zu Beginn in der Nordrhein-Westfalen-Koalition vereinbart, und genau das tun wir seitdem.

Meine Damen und Herren, dank vorausschauender Planung und Vorsorge setzt dieser Haushalt – auch im Angesicht einer konjunkturellen Delle und rund 841 Millionen Euro weniger Einnahmen im Haushalt 2020 als erwartet – unsere klare Linie fort: notwendige Aufstiegsinvestitionen ohne neue Schulden.

Wenn ich von „Maß und Mitte“ spreche, werden das manche auf den allerersten Blick vielleicht etwas altmodisch finden. Denn „Maß und Mitte“ setzt eben nicht auf Spaltung, nicht auf lautes Getöse und nicht auf unvereinbare radikale Ziele, sondern auf Versöhnung vermeintlicher Gegensätze, auf stille Vernunft und auf gesunden Menschenverstand.

Das setzt eine klare Haltung voraus. Klarheit bedeutet, dass man sich entscheiden muss. Gleichzeitig scharf nach rechts, scharf nach links und moderat geradeaus zu steuern, geht eben nicht. Haltung bedeutet, Kurs zu halten. Man darf nicht das Fähnchen in den Wind hängen und sich wundern, wenn man sich dann um sich selber dreht, auch wenn der Wind etwas lauer wird. Es geht vielmehr darum, Maß und Mitte sowie Haltung zu bewahren.

Haltung ist in den Zeiten radikaler Positionen für unsere Opposition manchmal etwas schwierig.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine radikale Position ist furchtbar einfach. Sie passt auch gut ins 280-Zeichen-Format von Twitter. In der Haushaltspolitik vertritt man zum Beispiel die fast unschuldige Position, wie die drei Affen über Schwierigkeiten einfach hinwegzusehen – so, als gäbe es in Nordrhein-Westfalen keine Versäumnisse aus mehreren Jahrzehnten aufzuholen, was Geld kostet. Wer sich auf dieses Glatteis begibt, der rutscht schnell aus.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ernst gemeinter Beliebtheit erfreut sich ohnehin im Moment die andere Extremposition. Eine Tageszeitung brachte sie kürzlich entwaffnend ehrlich auf die Schlagzeile „Haut das Geld raus“. Diese Haltung ist zwar falsch, aber immerhin klar. Da weiß man jedenfalls, was man hat. Und ehrlich gesagt: Da weiß man, was wir in Nordrhein-Westfalen nicht wieder haben wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit gerade einmal zwei Jahren machen wir in Nordrhein-Westfalen keine neuen Schulden mehr – anders als in den 45 Jahren zuvor. Das sind zwei Jahre, in denen Nordrhein-Westfalen bereits das tut, was rein rechtlich ab 2020 der Regelfall für alle Länder

und Kommunen werden soll. Wir gleichen nämlich Einnahmen und Ausgaben aus.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass sich das politische Meinungsklima zu den staatlichen Finanzen viel schneller verändert hat als das thermisch-radiative Gleichgewicht im Erdklimasystem.

Es gibt neuerdings sogar den nicht sonderlich subtilen Versuch, beide Themen so miteinander zu vermischen, dass das Weltklima als Entschuldigung für das staatliche Schuldenmachen herhalten soll.

Aber der Hauptgrund für diese Diskussion ist in Wahrheit die schwächere Konjunktur. Sie trifft natürlich auch das wirtschaftlich eng verzahnte Industrieland Nordrhein-Westfalen.

Wenn China infolge des Handelskrieges mit den USA weniger deutsche Autos importiert, dann merkt das der mittelständische Automobilzulieferer beispielsweise in Bocholt.

Wenn am 31. Oktober dieses Jahres zwischen Großbritannien und der Europäischen Union plötzlich Einfuhrzölle erhoben werden sollten, dann merkt das unsere Chemieindustrie in Essen und in Leverkusen.

Meine Damen und Herren, das sind ernst zu nehmende branchenspezifische Probleme. Aber reden wir damit doch bitte keine Krise herbei. Wir schreiben nicht das Jahr 1929 und auch nicht das Jahr 2009.

Es gibt auch positive Zeichen. Noch nie gab es beispielsweise so viele Jobs wie heute.

Deswegen liegen die Voraussetzungen für eine antizyklische Konjunkturpolitik à la John Maynard Keynes schlichtweg nicht vor, und deswegen hat Jens Weidmann völlig recht, wenn er sagt, Panik, Pessimismus und Aktionismus seien nicht das Gebot der Stunde.

Politische Führung erfordert jetzt Gelassenheit, Optimismus und vor allem kluges, langfristig durchdachtes Handeln. Daran ändert auch das gar nicht so neue niedrige Zinsniveau nichts, das in Europa voraussichtlich noch länger anhalten dürfte.

Ja, in dieser Zeit ist Schuldenmachen kurzfristig einfacher. In Amerika bezeichnet der Präsident seinen eigenen Notenbankchef als Feind, weil dieser ihm das große Schuldenmachen nicht weiter erleichtern will. Wie man liest, gehören ungedeckte Schecks und enorme Schulden wohl auch schon zum früheren Geschäftsmodell Trump.

Aber anders als bei Immobilienunternehmer Trump können weder das Land Nordrhein-Westfalen noch die Bundesrepublik Deutschland erst auf Pump Geschäfte machen, hinterher die Rechnung nicht bezahlen und danach ein paar Anwälte schicken. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen müssten die Rechnung zahlen, um das Vertrauen zu erhalten. Die hohe Bonität von Bund und Land speist sich aus

ebendiesem Vertrauen. Darum werden wir woanders beneidet.

Stichwort „Trump“: Glaubt denn jemand ernsthaft, dass es bei einer Finanzkrise wie 2009 zu einer international abgestimmten Reaktion wie damals kommen würde? Ziemlich sicher nicht. Und auch die EZB hat ihr Pulver verschossen.

Deshalb ist es in einer solchen Situation im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert, wenn der deutsche Staat – Bund und Länder – über hinreichend Bonität verfügt, damit wir uns selber helfen können – aber erst in so einem Notfall, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen brauchen wir heute einen klugen haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte. Wir müssen die notwendigen strukturellen Investitionen vornehmen und gleichzeitig die Balance nie aus den Augen verlieren; da halte ich es mit dem Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen, Christoph M. Schmidt. Dafür steht unsere Haushaltspolitik vom ersten Tag an.

Davon haben sich auch neutrale Experten überzeugt. Mit Standard & Poor's hat eine der weltweit führenden Ratingagenturen unser Land kürzlich zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder auf die sehr gute Bonitätsstufe AA heraufgestuft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Urteil fällt die Agentur selbstverständlich nach einem sorgfältigen neutralen Blick in die Bücher. Und es ist eindeutig: Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen – mit Investitionen, Zukunftsvorsorge und ohne neue Schulden.

Natürlich kann man in einer solchen Situation von der Opposition keine ähnlich neutrale Bewertung unserer Politik verlangen. Wünschen würde ich mir dennoch eine klare haushaltspolitische Haltung, die ich aber leider nicht erkennen kann.

Da ist zum Beispiel urplötzlich die neue Liebe zum Thema „Schuldentilgung“. Als wir in Nordrhein-Westfalen angefangen haben, mit weit über einer halben Milliarde Euro endlich wieder Schulden zu tilgen, fielen – daran erinnere ich mich gut – vonseiten der Opposition schrille Worte wie „armselig“ oder „Offenbarungseid“.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber ehrlich gesagt: Dass ausgerechnet die Vertreter der die Vorgängerregierung tragenden Parteien mit einem Mal schneller Schulden abschaffen wollen, passt nun wirklich nicht zu den knapp 15 Milliarden Euro neuer Schulden, die diese Regierung in ihrer siebenjährigen Amtszeit unserem Land zusätzlich hinterlassen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den GRÜNEN)

Fast noch schlimmer als diese Schulden war das riesige Investitionsdefizit, das trotz dieser enormen Neuverschuldung 2017 geherrscht hat. Dass beispielsweise zahlreichen Kitas die Schließung drohte, ist nur ein Beispiel für die Folgen dieser Versäumnisse.

Das bedeutet: Die Vorgängerregierung hat Schulden gemacht und nicht genug investiert. – Beides war falsch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir trotz des deutlichen Einstiegs in die Schuldentilgung – gleichzeitig erfolgt die konsequente Nutzung von Zinsvorteilen durch langfristige Umschuldung – vor allem in das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen investieren und endlich für die sträflich vernachlässigten Risiken vorsorgen.

Nur am Rande sei noch einmal erwähnt, dass die von uns getroffene Vorsorge – in Summe 2,7 Milliarden Euro seit Regierungsübernahme – aufgrund der Zinsdifferenzen im Saldo wirtschaftlicher war als eine ausschließliche Schuldentilgung im selben Zeitraum.

Aber in diesem Hohen Hause gilt offenbar aktuell: Wer am lautesten „Haltet den Dieb!“ schreit, der ist im Moment der Dieb. – Deswegen kann ich diese Haushaltspolitik der Beliebigkeit, die von der Opposition betrieben wird, intellektuell nicht teilen, um das einmal sehr vorsichtig zu sagen.

Dafür lobe ich mir die ungeschminkte Offenheit eines der immer zahlreicheren Bewerber aus Nordrhein-Westfalen um den Vorsitz der Bundes-SPD. Professor Karl Lauterbach plädiert ganz offen dafür, die Schuldenbremse zu lösen. Das klingt hier in Nordrhein-Westfalen viel vertrauter; denn das hatten wir hier 45 Jahre lang.

Nur: Kann eigentlich irgendjemand plausibel erklären, wie diese Politik mit der unerwarteten neuen Leidenschaft für eine verstärkte Schuldentilgung zusammenpasst? Überhaupt nicht! Sie wollen alles und von allem das Gegenteil. Klare Haltung? Fehlangeige!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht ist es auch eine ganz besondere Dialektik. Vielleicht denkt man ja Heinrich Brüning und John Maynard Keynes zusammen: radikale Haushaltskonsolidierung und antizyklische Konjunkturpolitik gleichzeitig, also auf einmal. Das wäre dann allerdings nobelpreisverdächtig.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Gegenrufe von der FDP)

Ich fürchte allerdings, dass die Wahrheit schlichter ist. Sie haben als Opposition wie schon in Ihrer Regierungszeit das Rechnen offenbar nicht ganz so ernst genommen. Deswegen habe ich das einmal für Sie übernommen.

Die zusätzlichen Forderungen der Grünen belaufen sich allein im Zeitraum 2017 bis 2019 hier in Nordrhein-Westfalen auf 33,7 Milliarden Euro; darunter ist ein 30 Milliarden teurer Infrastrukturfonds.

Die zusätzlichen Forderungen der nordrhein-westfälischen SPD belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro; darunter sind unterschiedlichste Wünsche wie mehr als eine halbe Milliarde Euro für Studentenwohnheime bis hin zu einem 870 Millionen Euro teuren zusätzlichen Paket für Sozialprogramme.

In Summe belaufen sich die bereits jetzt bestehenden Forderungen aller drei Oppositionsfraktionen in den letzten beiden Jahren auf sagenhafte 43,8 Milliarden Euro zusätzlich.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch gut! – Da habt ihr schon mal mehr ausgegeben!)

Gerechnet haben kann da keiner. Oder – frei nach Wolfgang Schäuble –: Vielleicht sind die Zahlen richtig; nur das Vorzeichen ist falsch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich habe das Gefühl, dass Sie einfach Plus und Minus verwechselt haben. Denn dann ist plötzlich alles ganz einfach.

Allerdings warnte schon Albert Einstein: „Man muss die Dinge so einfach wie möglich machen. Aber nicht einfacher.“

(Zuruf von der SPD)

Auch mit Blick auf Ihre wahre Absicht hatte Einstein etwas zu sagen. Ich zitiere: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Lernen Sie also vielleicht dazu!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Übrigens hat Olaf Scholz völlig recht, wenn er bezogen auf den Bund am Haushalt ohne Neuverschuldung festhält

(Zuruf von der SPD)

und ergänzt – Zitat –, man müsse nur mit großer Sorgfalt, mit großer Intensität und mit großer Präzision arbeiten.

Das gilt für das erst zwei Jahre ohne Neuverschuldung auskommende Nordrhein-Westfalen in gleicher Weise. Ansonsten ist Herrn Scholz nichts hinzuzufügen.

Große Sorgfalt, große Intensität, große Präzision sind wichtig für eine Finanzarchitektur, die die Grenzen der Baustatik eben nicht ausreicht. Hätten wir die ersten beiden Haushalte auf Kante genäht, könnten 841 Millionen Euro weniger als gedacht die Konstruktion schon ins Wanken bringen. Umgekehrt wären allerdings zu geringe strukturelle Investitionen auch sträflich gewesen.

Und so paradox es klingen mag: Ausgerechnet eine Kennzahl bei den rückläufigen Einnahmезuwächsen zeigt an, dass wir vorankommen. Denn 132 Millionen Euro verliert Nordrhein-Westfalen bei den Bundesergänzungszuweisungen, weil unsere Finanzkraft im Ländervergleich gestiegen ist.

Sorgfalt bedeutet vor allem Risikovorsorge. Ein sicheres Gebäude muss gegen absehbare Einwirkungen geschützt werden. So wie ein Gebäude vor einwirkenden Lasten wie Schnee, Wind und Regen geschützt werden muss, haben wir seitdem die unterbliebene Vorsorge für Risiken in Höhe von fast 2,7 Milliarden Euro geleistet.

1,28 Milliarden Euro haben wir für die immer noch bestehenden Risiken aufgrund des jahrzehntelangen Missmanagements früherer Regierungen bei der WestLB vorgehalten. Damit haben wir das Risiko für die gesamte Legislaturperiode eliminiert. 800 Millionen haben wir zusätzlich dem Pensionsfonds für die Beamtinnen und Beamten unseres Landes zugeführt. 582 Millionen Euro flossen in die Vorsorge für weitere Risiken.

Alles das ist mit einer weißen Wanne beim Bau in sumpfigem Gebiet zu vergleichen. Man sieht sie vielleicht nicht jeden Tag; aber es ist gut, dass es sie gibt.

Auch die sichtbaren politischen Schwerpunkte haben eines gemeinsam: Sie stärken Nordrhein-Westfalen strukturell.

Das geht nur – mit Herrn Scholz gesprochen – dank großer Intensität und Präzision. Wir jedenfalls halten uns auch daran. Denn das Land braucht keine immer neuen konsumtiven Wohltaten, die verpuffen – am besten garniert mit immer neuen, willkürlich festgelegten Grenzen der Begünstigung, sodass am Ende gerade die Aufsteiger bestraft werden, die dank harter Arbeit vielleicht 1,50 Euro zu viel verdienen und dann noch als faulenzende Millionäre im Liegestuhl verunglimpft werden, wie das leider in jüngster Zeit passiert ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, das meine ich sehr ernst. Das Letzte, was dieses Land Nordrhein-Westfalen jetzt braucht, ist ein Klassenkampf gegen die Aufsteiger.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir brauchen wirklich keine Umverteilungsdebatte, keinen Systemwechsel und keine bürokratisch-sozialistischen Schreckensideen wie das neu geplante rot-rot-grüne Mietrecht in Berlin,

(Zuruf von der SPD: Oh, oh!)

die Vergemeinschaftung von BMW

(Zuruf von der SPD: Oh, Oh!)

oder, wie Herr Hartmann von der SPD es nennt, eine Demokratisierung der Wirtschaft, sondern wir brauchen weiterhin das, was es unter der Vorgängerregierung niemals gab: einen soliden Haushalt und bessere Rahmenbedingungen für eine dynamische, funktionierende soziale Marktwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Ist das schlecht!)

Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen verdient, die dies erarbeiten können, wenn wir sie lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen ist das Land des gesellschaftlichen Zusammenhalts – ein Land, das wie kein anderes für den Aufsteiger steht. Wir werden jedenfalls keine vergiftete Stimmung zulassen, die all jene „verblüfft bis fassungslos“ zurücklässt, die, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ angesichts der Verirrungen in der SPD kürzlich beschrieb, „ein gutes, aber keineswegs dekadentes Leben führen, weil sie hart dafür arbeiten“. Aufstieg muss in Nordrhein-Westfalen möglich bleiben.

Deswegen stärken wir auch alle, die mit ihrer Leistung und ihrem Engagement mit anpacken – übrigens egal, ob Familien- oder Unternehmensmanagerin oder beides. Deshalb hat auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen und der Freien und Hansestadt Hamburg der Finanzausschuss des Bundesrates einen neuen Vorstoß unternommen, die Mitte der Gesellschaft und das Ehrenamt schonend zu stärken, und zwar ab dem 1. Januar 2020. Das ist ganz praktische Politik für die Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So setzen wir auch unseren haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte fort. Genau deshalb holen wir in Nordrhein-Westfalen endlich die enormen Versäumnisse der Vergangenheit auf. Wir rechnen dabei richtig, vorsichtig und solide, und zwar vom Anfang bis zum Ende einer Legislaturperiode.

Das beginnt beispielsweise bei der Bildung. Seit unserer Regierungsübernahme stellen wir einschließlich des vorliegenden Entwurfs kumuliert zusätzlich 6,8 Milliarden Euro für die Bildung in Nordrhein-Westfalen bereit, und zwar für die frühkindliche Bildung 1,9 Milliarden Euro, für die Schulen 3,4 Milliarden Euro und für die Hochschulen 882 Millionen Euro. Über die gesamte Legislaturperiode werden es nach

der vorliegenden Mittelfristigen Finanzplanung in der Addition der einzelnen Jahre insgesamt 15,6 Milliarden Euro zusätzlich sein, 2020 allein 2,1 Milliarden.

Wir beenden mit dem Kita-Träger-Rettungsprogramm die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas. Mit dem neuen Pakt für Kinder und Familien fließen zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung. Die Zahl der Kindergartenplätze steigt auf Rekordhöhe. Das Land übernimmt zusätzlich auch die Elternbeiträge für die beiden Jahre vor der Einschulung.

Das Chaos um G8 und G9 haben wir übrigens auch gleich mit beseitigt, genauso wie die überlegte Inklusionspolitik.

(Unruhe – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wer hat denn am längsten für G8 gekämpft und es dann eingeführt?)

Deswegen ist es richtig, weiter in Bildung zu investieren – auch in 1.200 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer,

(Zuruf von der SPD: Wie viele sind davon besetzt?)

ganz besonders für die Neuausrichtung der Inklusion. Wir bringen die Bildung in Nordrhein-Westfalen nach vorne.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stärken den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern den Rücken, die als Polizistinnen oder Polizisten, als Lehrerinnen oder Lehrer und als Feuerwehrleute jeden Tag dafür sorgen, dass es in unserem Land läuft.

Gleichzeitig kommen wir beim Wettbewerb um die besten Köpfe entscheidend voran, indem rund 1 Milliarde Euro mehr in einen modernen, attraktiven öffentlichen Dienst investiert wird. Für die gesamte Laufzeit des Tarifvertrages werden es kumulativ über 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Beteiligten sein. Ich bin froh darüber und dankbar dafür, dass wir es als Koalition geschafft haben, den Tarifabschluss eins zu eins für unsere Beamtinnen und Beamten umzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Übrigens haben wir auch ein anderes Staatsverständnis als die Vorgängerregierung. Wir finden, dass der Staat Partner sein sollte und nicht Oberlehrer. Deshalb forcieren wir zum Beispiel in der Finanzverwaltung massiv den Ausbau digitaler Serviceangebote, einer klaren Sprache und einer einfacheren Kommunikation.

Seit unserer Regierungsübernahme stellen wir einschließlich des vorliegenden Entwurfs in der Summe zusätzlich 1,3 Milliarden Euro für Digitalisierung, Infrastruktur und Innovation in Nordrhein-Westfalen zur

Verfügung. Über die gesamte Legislaturperiode werden es nach der vorliegenden MFP 2,9 Milliarden Euro sein.

Wir werden strukturell stärker, indem wir die Verhandlungserfolge für Nordrhein-Westfalen im Bund mit eigenen Strategien verknüpfen, beispielsweise für die Zukunft des Rheinischen Reviers, für die wir Haushalt 2020 vorbereitende Maßnahmen in Höhe von 10 Millionen Euro einplanen, oder für die Batteriefabrik der Zukunft in Münster, für die 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Wir stärken die Gründerinnen und Gründer in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der NRW.BANK mit fast einer Viertelmilliarde Euro zusätzlich.

Zusätzliche 20 Millionen Euro fließen in ein modernes Straßenverkehrsnetz von Land und Kommunen – und by the way entlasten wir die Anlieger mit weiteren 65 Millionen Euro erheblich bei den Kosten für die Straßenausbaumaßnahmen.

Das bringt die Mitte Nordrhein-Westfalens und damit unser ganzes Land nach vorne.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das hätte ich jetzt nicht erwartet!)

Ein starker Standort Nordrhein-Westfalen braucht auch starke Kommunen. Im Landeshaushalt 2020 sind für die Kommunen insgesamt Steuerverbund-Kompensationsleistungen und Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans in Höhe von rund 28,7 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 36,1 % unserer Gesamtausgaben des Jahres 2020. Übrigens waren es in 2017 noch 34,4 % der Landesausgaben. Damit haben die Kommunen seit unserer Regierungsübernahme rund 3,8 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – alleine vom Land. Hinzu treten noch die wesentlichen Verbesserungen von Bundesseite.

Außerdem schaffen wir endlich mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir stellen seit der Regierungsübernahme einschließlich des vorliegenden Haushalts kumuliert 1,4 Milliarden Euro zusätzlich für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung, Justizausgaben noch gar nicht mit eingerechnet. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden es nach der vorliegenden MFP insgesamt 3,1 Milliarden Euro sein.

Zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme gab es 2.000 Polizeianwärterstellen; heute sind es 2.500 pro Jahr. Zusätzlich gibt es jährlich 500 neue Stellen für den polizeilichen Verwaltungsdienst – und damit mehr Polizei auf der Straße. Dazu kommen 640 Stellen zur Übernahme von geprüften Kommissaren alleine mit dem Haushalt 2020.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit diesem Haushaltsentwurf stehen erneut deutlich mehr Mittel im Kampf gegen Kriminalität, Terror und Extremismus zur Verfügung.

Das sind nur einige Schwerpunkte aus diesem Haushalt, die wir übrigens zum Teil durch Umstrukturierungen im Haushalt finanzieren, denn wir sparen auch ein. In allen drei Haushalten haben alle Ressorts wesentliche Einsparbeiträge geleistet.

(Lachen von der SPD)

In diesem Jahr sind es 200 Millionen Euro. Weil diese Beträge Jahr für Jahr auflaufen, finanzieren wir inzwischen rund 500 Millionen Euro pro Jahr aus Einsparungen und Umschichtungen in den Häusern. Auch das ist vernünftige Haushaltspolitik. Konsolidieren und investieren sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir spüren es alle: Die Zeit bricht auch in unserem zentraleuropäischen Industrieland um. Die neue Zeit birgt Chancen, aber sie setzt gerade in der Mitte auch viele unter Druck: Werde ich in 10, 20 Jahren noch an meinem Arbeitsplatz gebraucht? Verliert meine Heimatregion den Anschluss?

(Zuruf von der SPD: Das ist eine sehr gute Frage!)

Können beide Elternteile arbeiten gehen im Wissen darum, dass ihr Kind in einer guten Kinderbetreuung ist? Kann ich in Nordrhein-Westfalen sicher leben? – Das sind nur einige der zentralen Fragen, die sich viele heute stellen.

(Zuruf von der SPD)

Gerade Nordrhein-Westfalen steht wie kein anderes deutsches Bundesland für den erfolgreichen Aufstieg nach dem Krieg, für eine soziale Marktwirtschaft, die, um es mit den Worten des Soziologen Helmut Schelsky zu sagen, eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft hervorgebracht hat, eine starke Mitte.

(Zuruf von der SPD)

Altbundespräsident Joachim Gauck ist nicht der Einzige, der sich angesichts der Umbrüche um den Zusammenhalt sorgt. In einem lesenswerten Buch mahnt er zu mehr Toleranz – auch gegenüber Positionen, mit denen man nicht übereinstimmt. Das betrifft vor allem die Art und Weise, wie wir miteinander reden und umgehen, ob überhaupt noch. Er warnt auch vor einer Spaltung, denn – Zitat – „aufgrund der zentralen Bedeutung von Wissen als Rohstoff und Ware im digitalen Zeitalter sortiert sich die Gesellschaft neu“, ganz besonders übrigens in der Mitte.

In einer solchen Situation sollten wir gerade bei uns in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass wirklich alle von den neuen Chancen einer offenen, modernen und freien Gesellschaft profitieren können, dass ein Aufstieg weiter oder vielleicht sogar besser möglich ist

als früher. Wir wollen zeigen, dass die Politik alles unternimmt, um an den entscheidenden Stellen strukturelle, dauerhafte und echte Verbesserungen zu erreichen – bei den Kitas, in den Schulen, bei der Sicherheit für diejenigen, die sich tagtäglich ins Zeug legen für unser Land.

Es wäre vermessen, wenn eine Landesregierung für sich in Anspruch nähme, die treibenden Kräfte unserer Zeit aufhalten oder Handelskonflikte stoppen zu können. Realistisch ist es hingegen, alles an Rhein, Ruhr und Lippe dafür zu tun, auch unter veränderten Bedingungen einen Aufstieg für alle zu ermöglichen, gerade jetzt die Industrie und den Mittelstand weiter zu stärken, gerade jetzt dafür zu sorgen, alle in Nordrhein-Westfalen, ob in Bocholt, Bochum oder Burscheid, mitzunehmen, gerade jetzt Spaltungen zu vermeiden, statt neue Spaltungen zu forcieren und gerade jetzt bestehende Institutionen zu stärken.

Die deutsche Institution par excellence ist nach wie vor das vor 70 Jahren in Bonn verabschiedete Grundgesetz. Vor einer Dekade wurden darin sinnvolle normative Vorgaben für eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik niedergelegt.

Alles spricht dafür, den haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte gerade heute nicht zu verlassen. Die für den Aufstieg notwendigen Mittel müssen und werden wir bereitstellen. Gleichzeitig werden wir keine neuen Schulden machen; denn auch billig aufgenommene Schulden belasten unsere nachfolgenden Generationen. Das ist der richtige Weg für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kutschatj das Wort.

Thomas Kutschatj (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Lieber Herr Finanzminister, als Sie schon wieder mit „Maß und Mitte“ anfangen, war mir eigentlich sehr schnell klar: Sie haben heute dem Grunde nach die gleiche Rede gehalten wie im letzten Jahr, wie im vorletzten Jahr und wie Sie sie wahrscheinlich auch im nächsten Jahr halten werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich danke Ihnen aber dafür, denn jetzt haben wir alle die Gewissheit: Von dieser Regierung ist nichts Neues mehr zu erwarten. Ihr Pulver ist verschossen. Der Ofen ist aus, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Haushaltsentwurf 2020 macht sehr deutlich: Zu neuen Zielen wird kein Kabinettsmitglied mehr aufbrechen. Von nun an irren Sie alle nur noch durch die Asche Ihrer verbrannten Ideen, und das noch zweieinhalb Jahre lang bis zum tristen Ende dieser Legislaturperiode.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Dabei hatte keine andere Landesregierung in der Geschichte unseres Landes so gute Startchancen wie Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von der SPD: Allerdings!)

Sie haben einen ausgeglichenen Haushalt von der Vorgängerregierung übernommen.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP – Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja. Und Sie profitieren von einem neuen Länderfinanzausgleich, den Ihre Vorgängerin, Frau Ministerpräsidentin Kraft, für unser Land erfolgreich verhandelt hat. – Hannelore Kraft, herzlichen Dank dafür.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben so hohe Steuereinnahmen wie noch nie in der Geschichte unseres Landes, aber gleichzeitig hat noch keine Regierung so wenig aus den Möglichkeiten gemacht wie Ihre, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Ganz gleich, ob Wirtschaft, Finanzen oder Arbeitsmarkt, ob Kitas, innere Sicherheit oder Energiepolitik: Ihre Ministerinnen und Minister sonnen sich in den Leistungen ihrer Vorgänger, oder sie rühmen sich für die Investitionen des Bundes, die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin erstritten wurden.

(Beifall von der SPD)

Eigene Erfolge hat aber niemand von Ihnen so richtig vorzuweisen. Heute lassen Sie sich dafür von Ihren Fraktionen bejubeln, und jedes Mal geht es dabei zu wie im berühmten Märchen von Hans Christian Andersen – „Kaiser Armins neue Kleider“.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei spielt es keine Rolle, ob Sie sich für die Leistungen anderer rühmen oder einfach nur gut darin sind, die Misserfolge zu kaschieren. Politisch haben Sie nichts an, politisch sind Sie alle nackt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Diese Regierungsbank wirkt wie ein einziger FKK-Strand, und wir müssen Ihnen leider gegenüberstehen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber wir sagen die Wahrheit, und wir sagen sie deutlich und auch sehr laut. Die Wahrheit ist ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das wäre das erste Mal, Herr Kollege! Das wäre das erste Mal!)

– Ja, ich weiß, es tut weh, sich so etwas vorstellen zu müssen, aber ich kann ja auch nichts dafür. Es tut mir leid.

(Beifall von der SPD)

Die Zwischenbilanz dieser Landesregierung ist eine Bilanz des Scheiterns, der Enttäuschungen und des Versagens: Der Wirtschaftsminister scheitert mit seiner Energiepolitik an der Realitätsverweigerung seiner eigenen Koalition. Der Familienminister enttäuscht mit seiner KiBiz-Reform Hunderttausende von Müttern und Vätern, Erzieherinnen und Trägern im ganzen Land. Die sogenannte Heimatministerin versagt jeden Tag bei der Bekämpfung der schlimmsten Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen seit den 50er-Jahren.

(Beifall von der SPD)

Und Sie, Herr Laschet, hatten einst eine schlankere Verwaltung versprochen. Was ist tatsächlich passiert? In der Ministerialbürokratie sind innerhalb von zweieinhalb Jahren 525 zusätzliche Stellen entstanden. So haben Sie die Ministerialbürokratie aufgebläht.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! Unglaublich!)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich habe nichts gegen neue Stellen. Aber dann sollten die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eine Uniform anhaben oder meine Kinder unterrichten. Das wären vernünftige Stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu Beginn Ihrer Amtszeit wollten Sie noch knallhart sein und unnötige Ausgaben im Landeshaushalt streichen. Aber was machen Sie stattdessen? Sie gönnen sich einen luxuriösen Umzug in neue, repräsentative Räumlichkeiten. Für 40 Millionen Euro machen Sie es sich schön in der Staatskanzlei – feine, edle Möbel, eine neue Ausstattung – nach dem Motto „Majestät braucht Sonne“, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Aber ich sage Ihnen auch ganz deutlich, Herr Laschet: Die Staatskanzlei ist nicht das Bistum von Limburg. Merken Sie sich das bitte,

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

und rufen Sie sich in Erinnerung, was mit dem Bischof von Limburg passiert ist.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Tebartz-van Elst wurde nach seiner Luxussanierung nach Rom wegbefördert.

(Zurufe von der SPD)

Vielleicht, Herr Laschet, ist das auch Ihre Absicht, nach Berlin wegbefördert zu werden. Die Gerüchteküche brodelt. Vielleicht wünschen Sie sich ja nichts sehnlicher als das, aber bis dahin machen Sie es sich in der Staatskanzlei für 40 Millionen Euro noch schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Was ich heute bei Ihnen vermisst habe, Herr Lienenkämper, war eine klare Ansage, wie weit denn Ihre Vorbereitungen für eine Senkung der Grunderwerbsteuer gediehen sind. Das hatten Sie doch im Wahlkampf versprochen.

(Beifall von der SPD)

Das haben Sie, die Koalitionsparteien, Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen. Wissen Sie, was passieren wird? Diese Senkung der Grunderwerbsteuer wird niemals kommen, weil Ihr Haushalt ohne diese Einnahmen schon längst ins Defizit gerutscht wäre. 10 Milliarden Euro Mehreinnahmen hin oder her: Hier haben Sie Ihre Wählerinnen und Wähler getäuscht, Herr Lienenkämper.

(Beifall von der SPD)

Wir sehen: Diese Regierung scheitert an ihren eigenen Ansprüchen,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

sie enttäuscht die Hoffnungen ihrer Wählerinnen und Wähler, und sie versagt bei der Lösung der großen Probleme in diesem Land. Das ist die Wahrheit oder die Zwischenbilanz der schwarz-gelben Koalition, aber längst noch nicht alles, meine Damen und Herren.

Dieser Haushalt macht deutlich: Die Investitionsquote in unserem Land steigt nicht. Nein, trotz erhöhter Steuereinnahmen sinkt die Investitionsquote. Der Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen wird nicht kleiner, er wird immer größer. Und die Staus werden nicht kürzer, sondern länger. Was sinken sollte, steigt, und was wachsen muss, schrumpft mit diesem Haushalt. Wo es Hoffnung auf Fortschritt gab, entmutigt jetzt der Rückschritt.

Der einst rasante Ausbau der Windkraft, der erneuerbaren Energie, ist in der Laschet-Regierung auf ein Nullniveau in sich zusammengefallen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die unter Rot-Grün noch stark gewachsene Anzahl an öffentlich gefördertem Wohnraum ist unter Schwarz-Gelb um ein Drittel eingebrochen.

Aber dafür ist der Unterrichtsausfall an unseren Schulen während Ihrer Regierungszeit auf ein Rekordhoch emporgeschneit. 2018 war er doppelt so hoch wie noch im Jahre 2015, wie das Bildungsministerium bereits zugeben musste.

(Henning Höne [FDP]: Die Zahlen sind doch noch gar nicht erfasst, Herr Kutschaty!)

Dieses Scheitern und Enttäuschen hat Folgen: Noch nie haben sich in so kurzer Zeit so viele Bürgerinitiativen und Bündnisse gegen die Politik der Landesregierung gegründet wie in den ersten zwei Amtsjahren dieser Koalition: Bürgerbündnisse gegen Ihre Wohnungsbaupolitik, gegen Ihre Verkehrspolitik, gegen Ihre KiBiz-Reform, gegen Ihre Manipulation des Kommunalwahlrechts und nicht zuletzt auch gegen Ihre starrsinnige Verteidigung der Straßenausbaubeiträge, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Nehmen wir zum Beispiel das Bündnis für Wohnen. Das war keine Aktion, die die Akteure aus Langleweile gemacht haben, sondern das geschah eher aus Notwehr. Die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen wird immer schlimmer, und zwar nicht nur für Rentnerinnen und Rentner, Geringverdiener oder Studierende. Nein, es trifft mittlerweile auch die Mitte unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Polizistinnen und Polizisten, Facharbeiter oder Krankenschwestern können sich in bestimmten Städten oder Regionen eine Mietwohnung einfach nicht mehr leisten.

Wohnungsnot trifft die Mitte der Gesellschaft, aber das scheint den Ministerpräsidenten überhaupt nicht zu interessieren.

Lieber Herr Laschet, wissen Sie noch, was Sie in Ihrer Regierungserklärung zum Thema „Wohnen und bezahlbare Mieten“ gesagt haben? Wissen Sie das noch, Herr Laschet? – Sie scheinen nicht zuhören zu wollen. Wahrscheinlich wollen Sie sich auch gar nicht daran erinnern, was Sie dazu gesagt haben. Das wundert mich nicht; denn Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gar nichts dazu gesagt. Kein einziges Wort haben Sie zum größten sozialen Problem unseres Landes verloren. Das war eine bittere Enttäuschung.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD: Unerhört! Das hat er vergessen!)

Aber was noch schlimmer ist: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes ist eine Wohnungsbauministerin nicht mehr die Verbündete der 11 Millionen Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen.

(Marc Herter [SPD]: Sehr richtig!)

Frau Scharrenbach steht auf der Seite der Wohnungs- und Immobilienkonzerne, für die sie mit ihrem Bündnis für Wohnen eine staatlich geförderte Lobbyallianz geschaffen hat. Die Interessen von Mieterinnen und Mietern kommen da gar nicht mehr vor. Im Gegenteil! Die Menschen, die in Nordrhein-Westfalen zur Miete wohnen, können sich auf Frau Scharrenbach nicht verlassen. Man muss sich als Mieter in Nordrhein-Westfalen vor Frau Scharrenbach fürchten. Auch das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Denn noch immer steht die Drohung im Raum, den Markt zu entfesseln, den landeseigenen Mieterschutz zu beschädigen, und noch immer verweigert die Ministerin die dringend nötigen Investitionen in bezahlbare Wohnungen. Diese Politik trifft insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Sie alle hatten die große Hoffnung, dass Barrierefreiheit in Zukunft Standard im Wohnungsbau sein wird und nicht Luxussanierung. Doch diese Hoffnung der Menschen haben Frau Scharrenbach und ihre Koalition zunichtegemacht.

Was Sie dabei völlig übersehen, Frau Ministerin: Barrierefreiheit ist für körperlich eingeschränkte Menschen nicht nur eine Baumaßnahme, Barrierefreiheit bedeutet für diese Menschen tatsächlich Freiheit und Selbstbestimmung im ursprünglichen Sinne beider Worte. Doch diese Freiheit wird es mit Ihnen, Frau Scharrenbach, nicht geben. Auch das gehört zur traurigen Zwischenbilanz dieser Ministerin.

(Beifall von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen müssten jedes Jahr 100.000 Wohnungen gebaut werden, um in den nächsten fünf Jahren die Lage auf dem Wohnungsmarkt einigermaßen entspannen zu können. Tatsächlich wird nicht einmal die Hälfte gebaut. Besonders dramatisch ist die Entwicklung im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen ist im Vergleich zum Jahr 2016 um 34 % gesunken – ein Drittel weniger öffentlich geförderte Wohnungen innerhalb kürzester Zeit Ihrer Regierung.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Auch das gehört zur Zwischenbilanz dieser Ministerin.

(Beifall von der SPD)

An Ihrem Haushalt kann man die Prioritäten erkennen. Trotz der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt investiert diese Koalition keinen eigenen Cent in den Mietwohnungsbau – keinen eigenen Cent. Sie nehmen das Geld vom Bund und von der NRW.BANK, aber aus den Steuermehreinnahmen in

diesem Landeshaushalt – 10 Milliarden Euro Mehreinnahmen seit dem Jahre 2017 – geht kein einziger Cent in den mietpreisgebundenen Wohnungsbau.

Deswegen sage ich noch einmal: Frau Scharrenbach, Sie versagen bei der Bekämpfung der schlimmsten Wohnungsnot seit Jahrzehnten!

(Beifall von der SPD)

In die Kategorie des Enttäuschens fällt zweifelsohne auch das Kita-Gesetz des Familienministers. 10.000 Menschen sind nach Düsseldorf gekommen, um gegen dieses Gesetz zu protestieren; über 80.000 Menschen haben eine Petition gegen Ihr Gesetz unterschrieben. Warum? Weil sie von dieser Regierung maßlos enttäuscht sind, weil diese Regierung eine Riesenchance vertan hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey hätte eine Initialzündung für eine Qualitätsoffensive in unseren Kindergärten sein können.

(Beifall von der SPD – Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, ist so. Ganz ehrlich.

Es hätte einen Aufbruch geben können, mehr in die frühkindliche Bildung zu investieren, wenn – ja, wenn – diese Regierung die Schubkraft aus Berlin durch ein eigenes Investitionsprogramm ernsthaft verstärkt hätte. – Herr Stamp, doch genau das haben Sie nicht getan. Dazu fehlt Ihnen der Mut, dazu fehlt Ihnen die Kraft, und wahrscheinlich fehlt Ihnen auch der politische Wille dazu.

(Beifall von der SPD – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Sie haben doch sieben Jahre gar nichts gemacht!)

Fest steht: Es wird keine auskömmliche Sockelfinanzierung für unsere Kindergärten geben. Es wird keinen verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel geben. Unsere Erzieherinnen und Erzieher werden nicht entlastet, obwohl sie jeden Tag am Limit ihrer Kräfte arbeiten. Familiengerechte Öffnungszeiten wird es vielleicht auf dem Papier, aber wahrscheinlich nicht in der Praxis geben. Und die freien Träger erhalten nicht mehr Unterstützung vom Land.

Im Gegenteil! Sie werden auf Kostensteigerungen in Höhe von 500 Millionen Euro sitzen bleiben, viele Kommunen übrigens auch. Fragen Sie sich doch mal, warum die Träger alle ein so gestörtes Verhältnis zu Ihrem Gesetzentwurf haben, Herr Stamp. Dann müsste man doch darauf kommen, dass das nicht so richtig passt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Michael Hübnert [SPD])

Doch ich will einen Punkt Ihrer Politik in dem Bereich loben, Herr Stamp. Es gibt auch gute Nachrichten für Familien in Nordrhein-Westfalen. CDU und FDP lenken ein und geben ihren Widerstand gegen eine Entlastung bei den Kitagebühren auf. Hier haben wir uns zumindest teilweise durchgesetzt.

(Lachen von Bodo Löttgen und Josef Hovenjürgen [CDU])

Ab dem Jahr 2021 wird auch in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Kitajahr beitragsfrei sein. Das ist ein großer Erfolg, darauf kann man durchaus stolz sein. Aber das reicht bei Weitem nicht aus, meine Damen und Herren. Ich hoffe, wir kommen irgendwann mal gemeinsam in diesem Hause zu der Erkenntnis, dass Kita nicht nur irgendeine Verwah- oder einfache Betreuungseinrichtung ist, sondern der erste wichtige Baustein in der frühkindlichen Bildung. Deswegen gehören Kitagebühren komplett abgeschafft.

(Beifall von der SPD)

Mit den gleichen Argumenten – Sie werden gleich in der Debatte die vollständige Gebührenfreiheit für Kitas ablehnen – müsste man konsequenterweise auch wieder Schuldgeld einführen, wenn Sie das so konsequent durchziehen möchten.

(Beifall von der SPD)

Das macht aber niemand mehr, weil Zugang zur Bildung etwas mit Aufstiegschancen zu tun hat und für niemandem in diesem Lande mit Gebühren belegt sein darf. Deswegen gibt es keine guten Argumente mehr für Kitagebühren. Sie sind ungerecht, sie sind unnötig, sie gehören abgeschafft.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie werden das Thema genauso wenig abräumen wie die Straßenausbaubeiträge. Nordrhein-Westfalen ist neben Bremen und Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland in Deutschland, das die Erhebung dieser Beiträge von ihren Kommunen noch erzwingt, die jedes Jahr Tausende Bürgerinnen und Bürger treffen. Ich habe in den letzten Monaten mit sehr vielen betroffenen Menschen gesprochen. Sie fühlen sich in ihrer Existenz bedroht, weil es um Zehntausende von Euro geht.

Wir treffen Rentnerinnen und Rentner, die froh sind, dass mit dem letzten Gehalt die letzte Rate des Hauses bezahlt ist, und man hatte sich die Hoffnung gemacht, mit der Rente könne man weiter in seinem Haus wohnen. Es trifft junge Familien, die noch die laufenden Hypotheken, Grundschulden bedienen müssen und für die ein fünfstelliger Betrag tatsächlich wie ein Schlag kommt. Es geht um Menschen mit Durchschnittseinkommen, die diese Summen nie wieder aufbringen können.

Da helfen auch Ihre 65 Millionen Euro nicht, die Sie gerade so gelobt haben, Herr Lienenkämper. Was nützt es einer Rentnerin, wenn die von ihr geforderte

Summe von 30.000 Euro auf 20.000 Euro gesenkt wird?

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

Es ist doch völlig gleichgültig, ob ein Gewässer 100 m oder nur 10 m tief ist – wenn man nicht schwimmen kann, ertrinkt man trotzdem, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deswegen steht für die Sozialdemokratie in diesem Land ganz klar fest: Die bisherigen Straßenausbaubeiträge müssen vollständig aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Ich bin sehr optimistisch, dass das schon bald der Fall sein wird.

(Beifall von der SPD)

Ja, Herr Löttgen, Sie gucken jetzt staunend, warum ich da so optimistisch bin. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie, Herr Löttgen, und Ihre Kolleginnen und Kollegen dem Druck nicht länger standhalten können. Ihre Verweigerungshaltung wird bald ein Ende haben.

(Beifall von der SPD)

Eine halbe Million Menschen in diesem Lande haben sich schon offiziell gegen Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Wir merken es doch. In den Kommunen wird mit Stimmen der CDU in den Ratsfraktionen gemeinsam eine Resolution für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen gefasst. Sie werden einknicken, da bin ich mir ziemlich sicher.

Aber wissen Sie auch, was dann passieren wird, Herr Löttgen? Dann werden Sie sich hier ans Rednerpult stellen und allen weismachen wollen, dass die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge schon immer das Ziel Ihrer Fraktion gewesen ist. Das wird eine herrliche Vorstellung. Darauf freue ich mich. Ich verspreche Ihnen: Im nächsten Jahr werden wir das erleben.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Weit weniger optimistisch als bei den Straßenausbaubeiträgen bin ich allerdings bei dem Thema „Lehrermangel und Lehrerversorgung“. Ich habe ernste Zweifel, ob die Landesregierung noch in der Lage ist, ein wirksames Mittel gegen den Lehrermangel und den Unterrichtsausfall zu finden. Ganz im Gegenteil! Einmal mehr scheitert die Regierung an ihren eigenen Ansprüchen.

Was ist uns denn noch vor der Wahl versprochen worden, auch von der FDP-Bildungsministerin? Sie ist für mich gerade nicht sichtbar, zumindest hier im Saal nicht. Das weltbeste Bildungssystem wurde uns versprochen; darunter macht es die FDP ja nicht.

Heute wissen wir, dass Frau Gebauer und ihre Partei auf eine Übernahme des Schulressorts überhaupt

nicht vorbereitet waren. Es gab offensichtlich reichlich Phrasen und Floskeln, aber weder Pläne noch Konzepte. Seitdem Sie im Amt sind, müssen wir Ihnen dabei zusehen, wie Sie verzweifelt versuchen, zu improvisieren, und manchmal auch dilettieren.

(Zurufe von der FDP)

Derweil wird der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern immer größer. Es ist ja schön, wenn Sie im Haushalt darstellen, dass es zusätzliche Lehrerstellen gibt, aber Stellen unterrichten noch nicht meine Kinder.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie waren ja noch nicht mal in der Lage, mehr als 58 % der ausgeschriebenen Stellen zu besetzen. Das ist ein historischer Negativrekord in unserem Lande, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Jetzt versuchen Sie, die größten Löcher mit Seiteneinsteigern und Pensionären zu stopfen. Aber das ist nicht mehr als planloser Aktionismus. Wissen Sie, was mich dabei besonders ärgert? Wenn Sie sich mal mit Schulvertretern unterhalten, dann stellen Sie fest,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

dass die Seiteneinsteiger viel zu oft völlig unvorbereitet an die schwierigsten Schulen in unserem Land kommen, während die Gymnasien in wohlhabenden Stadtvierteln den Begriff „Lehrermangel“ nur aus der Zeitung kennen.

(Beifall von der SPD)

Genau das ist das Problem. Wo ist denn der Masterplan Grundschule, der seit zwei Jahren angekündigt worden ist? Wo ist der Masterplan Berufsschule, der genauso notwendig wäre? Diese Regierung hat nicht die Kraft, um den Lehrermangel an den Wurzeln zu bekämpfen. Auch das ist die Wahrheit.

Der größte Lehrermangel herrscht an den Grundschulen, und das Problem kann man relativ einfach und auch schnell lösen. Es bedarf nämlich einer grundlegenden Reform der Lehrerbesehung in unserem Lande.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die ungleiche Bezahlung von gleichwertiger Arbeit ist nach wie vor eine der Hauptursachen für den Lehrermangel an Grundschulen. Es darf aus unserer Sicht keine Lehrerinnen, keine Lehrer erster und zweiter Klasse mehr geben. Grundschullehrerinnen dürfen nicht schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen am Gymnasium. Ihre Arbeit ist genauso wichtig, ist genauso anspruchsvoll, wenn nicht sogar anspruchsvoller als in höheren Klassen. Das heißt, A13 für alle im Eingangsamt. Auch das hätten Sie mit diesem Haushalt endlich mal nach vorne bringen können.

(Beifall von der SPD)

Ich habe ja Verständnis dafür, wenn man in solchen Situationen auch auf Seiteneinsteiger zurückgreift. Ja, das kann man machen. Aber es bedarf einer verbindlichen Vorqualifizierung, und wir dürfen sie nicht an die Schulen schicken, die mit vielen sozialen Problemen zu kämpfen haben. Das ist nun wirklich eine Aufgabe für Profis. Da müssen die besten Lehrerinnen und Lehrer hin.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da helfen uns auch Ihre 60 Talentschulen in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nee!)

Bei 6.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen muss ich noch nicht mal auf einer Talentschule gewesen sein, um Ihnen relativ leicht ausrechnen zu können: Das trifft 1 % unserer Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Was ist mit den 99 % der anderen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer? Sind da keine Talente zu fördern? Nein, wir müssen dort in Personal investieren, wo viele Kinder aus armen Familien kommen, wo es soziale Spannungen gibt, ja, wo viele Kinder auch Sprachprobleme haben. Bringen Sie endlich den Mut auf, und behandeln Sie Ungleiches auch ungleich. „Löschen, wo es brennt“ muss die Devise in der Schulpolitik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deswegen sage ich an dieser Stelle noch mal ganz deutlich: Wir brauchen endlich einen schulscharfen Sozialindex. Daran führt kein Weg mehr vorbei, wenn Sie dieses Problem endlich vernünftig lösen wollen.

(Beifall von der SPD)

Frau Gebauer weiß das auch, sie kann sich aber im Kabinett und in den Mehrheitsfraktionen nicht durchsetzen. Ihr Schwung ist verfliegen, ihre Kraft ist verbraucht. Jetzt steckt sie fest im Morast der Widerstände und Widersprüche ihrer eigenen Koalition. Da kommen Sie nicht mehr raus. Die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen wird dadurch allerdings leider nicht besser.

Unser Land kann seit vielen Jahren auf stets gute Wachstumszahlen und immer bessere Arbeitsmarktzahlen zurückblicken. Auch das hat der Finanzminister gerade sehr ausführlich dargestellt.

Doch die Lage verschlechtert sich tatsächlich zunehmend. Große Konzerne wie thyssenkrupp, Bayer, Karstadt und RWE haben angekündigt, Tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren abbauen zu wollen. Insgesamt stehen mehr als 25.000 Jobs in Nordrhein-Westfalen auf

dem Spiel. – Das ist ein ganz massiver Stellenabbau in Ihrer Amtszeit, Herr Ministerpräsident.

Es fehlen Maßnahmen dagegen. Ihre Regierung ist ja noch nicht mal in der Lage, neue industriepolitische Leitlinien vorzulegen. Darauf wartet die Industrie in diesem Lande seit zweieinhalb Jahren. Offensichtlich haben Sie an Industriepolitik nicht das geringste Interesse. Anders kann ich mir nicht erklären, dass Sie in diesem Bereich bislang so untätig gewesen sind.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Gleiche gilt, meine Damen und Herren, für die Klima- und Energiepolitik, derzeit ein einziges Chaos. Diese Koalition macht die Windkraft kaputt, scheitert aber gleichzeitig beim Ausbau von Fotovoltaik, Biomasse, Geothermie oder Wasserkraft.

Die energiepolitische Bilanz dieser Regierung ist so schlecht, dass der Ministerpräsident aus lauter Verzweiflung schon anfängt, das rot-grüne Klimaschutzgesetz zu preisen – ein Gesetz übrigens, was Sie, Herr Laschet, und Ihre Fraktion damals zu Oppositionszeiten bis aufs Messer bekämpft haben.

Herr Pinkwart, wissen Sie eigentlich noch, wie Ihr jetziger Kabinettskollege, Herr Wüst, damals das von Ihnen jetzt hochgelobte Klimaschutzgesetz genannt hat? – Herr Wüst, Sie sagten damals: Das Klimaschutzgesetz der rot-grünen Regierung sei eine Schweinerei. – Das war das Niveau, auf dem wir damals Auseinandersetzungen mit Ihnen führen mussten.

Konzeptionell haben Sie aber seitdem nichts dazugelernt; den industriepolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes steht diese Landesregierung hilflos gegenüber. Unser Land verliert dadurch leider wertvolle Zeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Zur Mitte dieser Legislaturperiode hat das Kabinett Laschet aber noch zwei weitere Rekorde aufgestellt, die in absehbarer Zeit niemand mehr knacken wird. Noch nie hat eine Regierung in so kurzer Zeit so viele Menschen enttäuscht und so oft die Öffentlichkeit getäuscht wie Ihre, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Wenn frühere Ministerpräsidenten Rau, Rüttgers oder Kraft mitteilten, dass Sie mit unseren europäischen Freunden in Verhandlungen zu einer Sachfrage stehen, hat das niemand in Zweifel gezogen. Warum auch? – Das stimmte selbstverständlich. In der Ära Laschet kann man sich da leider nicht mehr sicher sein, meine Damen und Herren.

Bis 2018 wäre es auch keiner Richter im Traum eingefallen, dass sie jemals eine Landesregierung in die Irre führen könnte. Das war undenkbar in Nordrhein-Westfalen. In Ihrer Regierungszeit, Herr Laschet, ist

das leider nicht mehr der Fall, denn es ist passiert, und bis heute hat sich dafür bei der Justiz leider keiner von der Regierung entschuldigt. Das hätten Sie wenigstens mal tun können.

(Beifall von der SPD)

Gleiches gilt für die Falschmeldung über angebliche Hackerangriffe auf eine Ministerin, die Ihre Regierung in die Welt gesetzt hat.

Der nächste Skandal kam dann im März ans Licht: Schulministerin Gebauer musste zugeben, dass sie einen 600.000-Euro-Auftrag ohne Ausschreibung an eine Unternehmerin, die zuvor 50.000 Euro an die FDP gespendet hatte, vergeben hat.

(Zuruf von der SPD: So sind sie!)

Das Ministerium hatte Frau Gebauer gewarnt, ohne Ausschreibung sei die Vergabe rechtswidrig, aber man hat offensichtlich darauf bestanden, nicht auszusprechen.

Im Juni gingen Frau Gebauer dann die Ausflüchte aus, der Auftrag wurde zurückgezogen und ausgeschrieben. Jetzt können sich auch Unternehmen bewerben, die nicht an die FDP gespendet haben, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Stellen wir uns einmal kurz vor, Sylvia Löhrmann hätte in ihrer Amtszeit ohne Ausschreibung eine Auftragsvergabe so vorgenommen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie hat nichts gemacht!)

Was hätte die damalige Opposition getan? – Da wäre der Teufel los gewesen. Sie, Herr Löttgen, hätten in Rekordzeit gelernt, das Wort „Rücktritt“ in 50 Sprachen zu buchstabieren, vorwärts und rückwärts. Das wäre die Realität gewesen.

(Beifall von der SPD)

Aber in dieser Regierung muss man für persönliches Fehlverhalten keine Konsequenzen ziehen; nicht einmal eine Entschuldigung hält man für nötig.

Sie meinen, Sie könnten Ihre Schwindeleien und Affären unauffällig in der Flut aus schlechten Nachrichten und Aufregertemen versenken, die tagtäglich in der Öffentlichkeit über uns hereinbrechen. Aber eines schönen Tages wachen Sie auf, und die Ebbe ist zurück, und dann kommt der ganze Mist wieder an die Oberfläche, und – das verspreche ich Ihnen – er wird zum Himmel stinken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Bei Herrn Reul und bei Frau Scharrenbach ist es schon so weit. Es geht um die Räumung des Hambacher Forstes im September letzten Jahres, den größten, den teuersten und den wahrscheinlich auch

gefährlichsten Polizeieinsatz in der Geschichte unseres Landes.

Angeblich waren allein die Sicherheitsmängel der Baumhäuser Grund für den Einsatz. Mit der von RWE geplanten Rodung des Hambacher Forstes habe der Einsatz nichts zu tun. – Das jedenfalls haben die Minister Reul und Scharrenbach ein ums andere Mal behauptet. Wörtlich sagte Innenminister Reul am 23. September 2018 in der WDR-Sendung „Westpol“:

„Die Räumung ‚hat ja mit der Baumrodung gar nichts zu tun. Das werfen die Leute ja alles durcheinander, bedauerlicherweise.‘

Und weiter führt er aus,

„dass Gefahr im Verzug ist. Das sind lebensgefährliche Situationen. (...) Nur darum geht's.“

Frau Ministerin Scharrenbach sagte im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 14. September 2018 wörtlich:

„Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es nicht um die Frage der Rodung geht. Ich sage das hier in aller Ausdrücklichkeit“.

Heute wissen wir, dass das so nicht richtig war. Herr Reul hat schon um Entschuldigung gebeten, Frau Scharrenbach hat ihre Platte in der letzten Woche im Heimatausschuss noch einmal neu gespielt. Wahrscheinlich wartet sie wieder auf Heino, bis sie wieder eine neue Platte auflegen kann.

Bis heute ist allerdings völlig unklar, meine Damen und Herren, wie dieses Kommunikationsdesaster überhaupt passieren konnte. Was ist da in der Landesregierung schiefgelaufen?

Frau Scharrenbach und Herr Reul, Sie haben heute in der Fragestunde Gelegenheit, dem Parlament die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Ich bin gespannt, was gleich kommen wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann gibt es Innenminister Reul, der bestreitet, Gespräche mit RWE geführt zu haben. Ich weiß ja, dass ein Minister viel zu tun hat, auch viele Gespräche führt und man nicht immer noch jedes Detail seines Terminkalenders kennt.

Aber im Zusammenhang mit der Räumung und geplanten Rodung des Hambacher Forstes, was ja kein alltägliches Geschäft eines Ministers und eines Ministeriums ist, sich nicht daran erinnern zu können, dass man zwei Gespräche mit der Vorstandsspitze von RWE geführt hat? – Meine Damen und Herren, wer soll Herrn Reul das noch glauben? Das glaubt ihm noch nicht einmal mehr seine Oma.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kutschaty, die Redezeit.

Thomas Kutschaty (SPD): Wir haben mitgekriegt, dass sich schon viele Ministerinnen und Minister in großen Fragen öffentlich korrigieren mussten. Herr Finanzminister, Sie mögen hier einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt haben, aber im Hinblick auf Redlichkeit und Wahrhaftigkeit ist Ihre Regierung schon längst bankrott. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Löttgen jetzt das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben meine Erwartungen wirklich übertroffen, Herr Kutschaty: ein Oppositionsführer, der sich an dieses Pult stellt und Märchen erzählt. Aber wenn Sie die Märchen schon erzählen

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

und Rollen in diesen Märchen zuweisen – Sie haben ja dem Ministerpräsidenten die Rolle des Kaisers zugeordnet –, hätten Sie sich vielleicht auch ein klein wenig mit den weiteren Akteuren in diesem Märchen beschäftigen sollen, denn es waren zwei Betrüger, die dem Kaiser vormachten, sie hätten ihm Kleider gewebt. Ich weiß genau, wo diese beiden Betrüger hier in diesem Plenum sitzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben in Ihrer Regierungspolitik den Menschen vorgemacht und vorgegaukelt, Sie hätten eine erfolgreiche Politik gemacht, und am Ende haben wir das übernommen, was Sie uns als nackte Tatsachen hinterlassen haben,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

und darauf kommen wir jetzt mal zu sprechen.

(Zuruf von der SPD)

Fakt ist doch, dass die Zahlen der Mittelfristigen Finanzplanung aufgrund zurückgehender Steuereinnahmen korrigiert werden müssen.

Fakt ist: Es gibt weniger vom prognostizierten Mehr.

Dann müssen Sie irgendetwas als SPD grundsätzlich missverstanden haben, denn Sie möchten je nach Tagesform entweder mehr vom Weniger ausgeben oder ersatzweise mehr vom Weniger sparen.

Es wird zu wenig Geld ausgegeben, sagen die Fachleute der Opposition im Geldausgeben. Es wird zu wenig gespart, sagen die Fachleute der Opposition im Zu-wenig-Sparen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist nicht wahr! Wer sagt das denn?)

Liebe Opposition, niemand in diesem Haus zweifelt an Ihrer Expertise

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

im Geldausgeben und Zu-wenig-Sparen. Daran haben wir nun wirklich keinen Zweifel.

(Beifall von der CDU und Christian Mangel [FDP])

Aber ich sage es mal vorsichtig: Diese ambivalente Haltung überzeugt mich nicht.

Dann betritt der Landesvorsitzende der SPD Sebastian Kutschaty, nein, Sebastian Hartmann – Entschuldigung, Herr Kutschaty, das war als Versprecher hier eingeplant; nein, Scherz – die Bühne.

(Lachen von der SPD – Nadja Lüders [SPD]: Wer ist jetzt der Märchenonkel? – Stefan Zimkeit [SPD]: Gedächtnisschwäche ist CDU-Stärke!)

Er wäre ja vielleicht auch gerne Landesvorsitzender; ich weiß es ja nicht.

Also, Sebastian Hartmann betritt die Bühne und sorgt mit einem Bericht in der „Rheinischen Post“ vom 16. September endlich für Klarheit. Mit Blick auf den Bildungsetat wird er dort wie folgt zitiert:

„Um aufzuschließen, müsse NRW jährlich sieben Milliarden Euro mehr für Bildung ausgeben. Der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt in NRW läge dann bei rund zehn Prozent.“

Diese Wortmeldung wiederum macht exakt drei Dinge deutlich:

Erstens. Herr Hartmann hat den Haushalt nicht gelesen.

Zweitens. Falls er ihn gelesen hat, hat er ihn nicht verstanden.

Drittens. Aber auf jeden Fall erbringt der Landesvorsitzende der SPD den beredten Nachweis, dass – wie schon häufiger an diesem Rednerpult nachgewiesen werden musste – die SPD an einer ausgeprägten Diskalkulie, sprich: Rechenschwäche, leidet.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Die Zahlen: Gesamthaushalt 79,8 Milliarden Euro, Anteil alleine des MSB am Bildungsetat 20 Milliarden Euro, siehe Einzelplan 05. Das sind jetzt nach

Rechnung plus 7 Milliarden; 10 % bei Herrn Hartmann.

In Wirklichkeit sind es bereits jetzt 25 %. Nehmen wir Hochschulen, Weiterbildung, Kindertagesbetreuung etc. hinzu, steigert sich der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtetat auf gut 34 Milliarden Euro. Das entspricht 42,62 %.

Fakt ist also, meine Damen und Herren: Bildung von der Kita über die Schulen bis zu den Hochschulen ist zentraler Bestandteil

(Jochen Ott [SPD]: Ist unterfinanziert!)

der Politik der NRW-Koalition.

(Jochen Ott [SPD]: Ist unterfinanziert!)

Fakt ist:

(Jochen Ott [SPD]: Ist unterfinanziert!)

Aufstieg durch Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu ermöglichen, bleibt zentrales Anliegen der Landesregierung

(Jochen Ott [SPD]: Ist unterfinanziert!)

und der sie tragenden Fraktionen, wie sich zweifelsfrei erneut auch an diesem Haushalt ablesen lässt.

(Beifall von der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, zu drei weiteren Kritikpunkten der Opposition:

Erstens. Die NRW-Koalition baut keine Schulden ab. – Falsch! Ich darf mal mit der Übersetzung eines Zitats von Thomas Kutschaty antworten, der bekanntlich zu seinen Ambitionen auf den SPD-Vorsitz sagte: Ich habe keine Kandidatur angemeldet, sondern nur nicht ausgeschlossen.

Übertragen auf die Verschuldung hätte Herr Kutschaty also vermutlich gesagt: Wir haben keinen Schuldenabbau angemeldet, sondern nur nicht ausgeschlossen.

Im Ergebnis beider Ambitionen allerdings, Herr Kutschaty, unterscheiden wir uns erheblich: Sie haben den Bundesvorsitz inzwischen aufgegeben; wir halten an unseren Zielen des Schuldenabbaus fest,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

denn richtig und im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist – ich zitiere das noch einmal –:

„Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit der höchsten Verschuldung. Die große Schuldenlast hat zu einer immer niedrigeren staatlichen Investitionsquote,“

– was der Herr Finanzminister glasklar nachgewiesen hat –

„einer deutlichen Überlastung der Kommunen und mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit geführt. Wir wollen diesen Trend zum Wohle unseres Landes und unserer Kinder endlich stoppen. Wir werden die Schuldenbremse einhalten.“

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie halten sich an geltendes Recht? Das ist ja super! Ist es etwas Besonderes für Sie, dass Sie sich an geltendes Recht halten?)

– Herr Zimkeit, wenn Sie noch ein bisschen weitermachen, kriegen Sie das Zitat von Heinrich Heine gerne noch einmal. Das ist kein Problem; das habe ich Ihnen schon mal gesagt. Ich warte auf Ihren nächsten Zwischenruf.

542 Millionen Euro Verschuldung hat diese Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode abgebaut.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist auch falsch!)

Das sind ziemlich exakt – Sie können ja auch rechnen – 542 Millionen Euro mehr als die Vorgängerlandesregierung in sieben Jahren abgebaut hat.

Die Landesregierung hat darüber hinaus 2,7 Milliarden Euro für den Pensionsfonds eingezahlt und die Risikoabschirmung der Altlasten der WestLB ausreichend dotiert.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Herr Zimkeit, wenn Sie es denn unbedingt haben möchten, in Düsseldorf noch einmal für Sie speziell zugeschnitten das Zitat von Heinrich Heine: Ein Schläuer bemerkt alles, ein Dummer macht zu allem eine Bemerkung. – Machen Sie weiter Zwischenrufe; bitte schön.

(Beifall von der CDU und von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe)

– Er hat das Zitat nicht verstanden, deshalb macht er weiter Zwischenrufe, aber das ist okay.

Meine Damen und Herren, Verschuldung stoppen, Schuldenbremse einhalten, Vorsorge für Risiken treffen, versprochen, Versprechen eingehalten, Versprechen erneuert mit dem klaren Bekenntnis der Landesregierung, in der gesamten Legislaturperiode keine neuen Schulden aufzunehmen.

Nebenbei: Der Herr Finanzminister hat erwähnt, dass das Rating nach 13 Jahren von „stabil“ auf „positiv“ gesetzt wird. Damit verbunden ist eine Verbesserung der Landesbonität. Da wären doch mal Glückwünsche von Ihrer Seite angebracht gewesen.

Stattdessen lese ich aber im „Tagesspiegel“ von heute ein Zitat des uns hier bekannten Finanzministers Norbert Walter-Borjans. Dort wird er wie folgt zitiert: „Wir brauchen einen Staat, der sich nicht mit der schwarzen Null stranguliert.“

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie hatten eine Ministerpräsidentin, für die die schwarze Null ein Fetisch war. Jetzt haben wir einen ehemaligen Finanzminister und Kandidaten, für den die schwarze Null eine Strangulation ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mit dem koalieren Sie in Berlin!)

Ich will Ihnen sagen, was die wirkliche Strangulation war: die Zunahme der Verschuldung dieses Landes um 15 Milliarden Euro in der Zeit zwischen 2010 und 2017.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das hat dieses Land stranguliert, und der Verantwortliche dafür

(Marc Herter [SPD]: Ist Helmut Linssen, da haben Sie recht!)

möchte heute darauf hinweisen, wie erfolgreich seine damalige Politik in Wirklichkeit gewesen ist.

Ich kann nur sagen: Wer in der Bilanz mit einem Minus von 15 Milliarden Euro aus dem Markt geht, sollte lieber den Mund halten und sagen, was er damit diesem Land angetan hat,

(Marc Herter [SPD]: Mit einem ausgeglichenen Haushalt! – Stefan Kämmerling [SPD]: Schreihals!)

und nicht darauf hindeuten, dass er das Gleiche noch einmal wiederholen möchte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens: Der Stellenaufbau ist zu groß. – Das ist falsch.

(Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Horst Becker [GRÜNE])

Ich bin gespannt, sehr geehrte Frau Kollegin Düker, wie Sie uns gleich erklären, welche konkreten Stellen in diesem Haushalt Sie für überflüssig halten.

Für die CDU-Fraktion steht jedenfalls fest: Wir stehen nicht nur zu den 63 Millionen Euro zusätzlich für digitale Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei, sondern wir begrüßen ausdrücklich jede und jeden, der oder die auf den 143 neu geschaffenen Stellen im Bereich „Cybercrime“ zukünftig Kinderpornografie, Handel mit Drogen und Waffen im Darknet, Terror oder Extremismus in der vorgeblichen Anonymität des Internets bekämpft.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sagen – anscheinend im Gegensatz zu Ihnen –: Herzlich willkommen im Team an alle, die die 500 zusätzlichen Stellen im polizeilichen Verwaltungsdienst besetzen, an die 640 zusätzlichen Anwärtinnen

und Anwärtner der Polizei und an die 55 neuen Kolleginnen und Kollegen des Staatsschutzes, die zukünftig Extremismus bekämpfen.

Wer auch immer auf der Straße oder im Netz Gesetze bricht: Wir geben bei den Konsequenzen keinen Zentimeter Raum. Wir stärken mit diesem Haushaltsentwurf unseren Sicherheitsbehörden den Rücken und verleihen unserer Nulltoleranzstrategie damit Substanz. Das unterscheidet uns, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Der dritte Punkt – das ist eine ganz interessante Geschichte – ist der Vorwurf, die Investitionsquote sei zu niedrig. Da wollen wir doch mal über relative und absolute Zahlen sprechen – über Quoten. Das finde ich super.

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, erzählen Sie mal! – Frank Müller [SPD]: Genau!)

Wissen Sie eigentlich, wie die Quote aussieht, wenn man Personal- und Transferausgaben zusammenrechnet, was bei Ihren Haushalten noch übrig geblieben ist, wovon Sie etwas verteilen wollten? – Durchschnittlich waren bereits etwa 86 % weg, bevor Sie überhaupt etwas verteilen konnten.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

In den Haushalten des Finanzministers Lienerkämper haben wir diese Zahl wenig beachtet, aber trotzdem – das ist umso wichtiger – auf 82 % gesenkt,

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

obwohl die Transferausgaben beispielsweise an die Kommunen gestiegen sind.

(Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist ja Wahnsinn, was der Kerl macht!)

Jetzt kommt die absolute Zahl. Darum geht es doch; den Leuten geht es doch nicht um eine Quote.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja, die absoluten Zahlen sinken!)

Mit einer Quote können Sie draußen nichts bezahlen, aber mit Euros können Sie Investitionen möglich machen. Meine Damen und Herren, die Zahl lautet für die Digitalisierung in der Verwaltung,

(Lachen von Marc Herter [SPD])

für Schule, für Mobilität, für Straßenverkehr, ÖPNV, moderne Sportstätten und Krankenhäuser,

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist ja unfassbar! – Michael Hübner [SPD]: Was ist mit der Talentschule?)

für die Themen „Klimawandel“ und „Umweltschutz“ – konkret: von der Forschungsfabrik für Batteriezellen über den Strukturwandel im Rheinischen Revier bis

zur Förderung klimaneutraler Mobilität an der Steckdose in der häuslichen Garage –: 8 Milliarden Euro, die diese Landesregierung mit dem Haushalt 2020 investiert.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Soll ich Ihnen die Zahlen von 2011 bis 2017 noch einmal nennen? Wissen Sie sie noch?

(Monika Düker [GRÜNE]: Oh Mann!)

In Ihrem Haushalt im Jahre des Herrn 2011

(Sarah Philipp [SPD]: Was ist denn mit Ihrem Haushalt? Erzählen Sie doch mal etwas dazu!)

betrogen die Investitionsausgaben 6,2 Milliarden Euro gehabt. Jetzt kommt es: 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2012, 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2013,

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann nennen Sie doch mal die Steuereinnahmen in dem Jahr! Lesen Sie die auch mal vor!)

5,2 Milliarden im Jahr 2014 und 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2015. Sie haben die Investitionen in Nordrhein-Westfalen drastisch nach unten gefahren. Das ist das Problem, an dem die Kommunen und das Land heute noch leiden. Jetzt wollen Sie uns kritisieren?

Sie von Rot-Grün haben doch immer Geld ausgegeben, das Sie nicht hatten,

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann machen Sie es doch anders! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kann er nicht! Er kann es einfach nicht!)

und Sie haben darauf gehofft, dass mehr kommt. Es kam aber nie.

(Monika Düker [GRÜNE]: Haben wir jetzt zu viel oder zu wenig ausgegeben? – Sarah Philipp [SPD]: Das ist aber kalter Kaffee!)

Wir geben als NRW-Koalition und Landesregierung nur Geld aus, das auch da ist, und setzen darauf, dass unsere gute Politik am Ende zu Mehreinnahmen führt, was durchaus häufig der Fall ist.

(Zuruf von Norwich Rüste [GRÜNE] – Gegenruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Genau das ist der grundsätzliche Unterschied in der Haushaltspolitik

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

von Rot-Grün und Schwarz-Gelb.

Reden wir also für einen kleinen Moment über generelle Unterschiede im Politikansatz zwischen den Parteien und Fraktionen.

Die SPD ist der Meinung, die große Herausforderung sei die Umorganisation aus ihrer Sicht notwendiger Umverteilungsprozesse. Das ist aus unserer Sicht – da unterscheiden wir uns wirklich wesentlich – falsch.

Die große Herausforderung für unser Land Nordrhein-Westfalen – übrigens ebenso wie für die Bundesrepublik – ist die Bewältigung der vor uns liegenden Transformation.

Die Grünen dienen hingegen momentan als Projektionsfläche für Wünsche und Hoffnungen eines Teils der Bevölkerung. Aber, liebe Grüne, aus Projektionen müssen auch Projekte werden. Politik muss konkret und spürbar gestalten, und die Grünen haben bundespolitisch

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Fangen Sie mal an!)

während ihrer gesamten Laufzeit, um mit Max Weber zu sprechen, noch niemals ein dickes Brett gebohrt. Alle anderen Fraktionen in diesem Landtag außer der AfD, die wir schon in der Regierungsverantwortung waren, haben das bereits getan.

Diese NRW-Landesregierung bohrt die dicken Bretter. Uns in der NRW-Koalition macht es Spaß ...

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Oha! Aber mit stumpfen Bohrern!)

– Herr Rüste, hören Sie doch einfach zu.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die Bretter vor dem Kopf!)

– Ich kann auch warten, bis Sie mit den Zwischenrufen fertig sind. Möchten Sie noch was sagen?

(Zurufe)

– Nein, wohl lieber nicht.

Uns in der NRW-Koalition macht die ebenfalls von Max Weber beschriebene Kunst des Kompromisses und der Synergie Spaß. Deshalb bin ich froh, dass vieles von dem, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, vor der Mitte der Legislaturperiode Wirklichkeit geworden ist und dass Nordrhein-Westfalen spürbar und nachvollziehbar Kurs auf eine gute Zukunft setzt.

Den Kurs zu setzen heißt aber noch nicht, auch anzukommen. Ich bin dem Kollegen Thomas Kutschaty dankbar dafür, dass er in einem Interview mit dem WDR am 14. August erklärt hat, die SPD habe die aktuellen Umfragewerte in vielen Bereichen selbst verschuldet, sie müsse sich die Frage stellen – und jetzt kommt der Punkt –, ob sie in den letzten Jahren die richtige Politik gemacht habe.

(Sarah Philipp [SPD]: Es ist erstaunlich, worum Sie sich kümmern!)

Das Folgende ist völlig ohne doppelten Boden gemeint: Diese Selbstreflexion, die Sie für die SPD an

den Tag legen, ist nicht nur für die SPD notwendig und richtig, sie gilt ebenso für meine Partei.

(Helmut Seifen [AfD]: Auch für die CDU!)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Koalitionspartner FDP und den Fraktionen von SPD und Grünen Dank für die Bereitschaft aussprechen, in zentralen Fragen der Landespolitik wie etwa im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier nach gemeinsamen Botschaften und vielleicht sogar Lösungen zu suchen.

Ich erlaube mir, einen etwas nachdenklicheren Teil in diese Rede einzustreuen. Wir diskutieren heute die finanziellen und haushalterischen Voraussetzungen unseres Landes, um allen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben, mit den Möglichkeiten, die uns als Landesparlament, als Landesregierung zur Verfügung stehen, die besten Voraussetzungen zu bieten, selbstbestimmt und in Frieden leben zu können.

Wir, die NRW-Koalition und die Landesregierung, sind – ebenso wie Sie das als rot-grüne Landesregierung vor einigen Jahren waren – überzeugt davon, das Richtige zu tun. Was aber das Richtige ist, werden wir erst in den kommenden Jahren wissen.

Genau hier liegt die Krux der heutigen Politik, die der neue Staatspreisträger in einer bemerkenswerten Rede am Montagabend beschrieben hat. Klaus Töpfer

(Monika Düker [GRÜNE]: Hören Sie mal auf den!)

zitierte einen Satz des Soziologen Wolf Lepenies, ebenfalls ein Träger des Staatspreises. Dieser Satz lautet:

„Die Demokratie als Staats- und Lebensform steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Es fehlt uns heute der politische Langmut, Prozesse wirksam in Gang zu setzen, die nur Opfer abverlangen und von denen erst unsere Kinder und Kindeskinde Nutzen haben werden.“

Ich stimme dem nicht nur zu, sondern will es noch ergänzen:

(Monika Düker [GRÜNE]: Vielleicht handeln Sie mal danach; dann wären wir schon mal weiter!)

Der politische Langmut in diesem Parlament reicht noch nicht einmal aus, die Wirksamkeit oder gar den Erfolg von Prozessen abzuwarten, die die Betroffenen besserstellen – Stichworte: „Straßenausbaubeiträge“, „Infrastrukturmaßnahmen“,

(Nadja Lüders [SPD]: Aha!)

„Bildungsausgaben“. Wenn wir uns selbst in diesem Parlament in der Kritik in Form eines reflexhaften „zu wenig“ und „nicht ausreichend“ erschöpfen, obwohl

die eingeleiteten Maßnahmen gerade erst beschlossen worden sind – ob beim Straßenbau,

(Marc Herter [SPD]: Da ist doch nichts beschlossen worden! – Weitere Zurufe von der SPD)

bei der Digitalisierung, bei der ärztlichen Unterversorgung oder beim Lehrermangel –, wie Sie das eben gemacht haben ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo ist denn der Vorschlag der Regierung? – Weitere Zurufe)

– Sie haben ja gerade über das Thema „Lehrermangel“ gesprochen.

(Zurufe von der SPD – Daniel Sieveke [CDU]: Mein Gott, lasst ihn doch mal reden!)

– Ja, danke. Genau so ist es.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo ist denn der Vorschlag? Ich kenne den nicht!)

Wer glaubt denn – egal ob auf der Zuschauertribüne oder sonst wo –, dass eine Landesregierung in der Lage wäre, einen Mangel, der bereits am Ende Ihrer Regierungszeit deutlich bestand, innerhalb von zwei Jahren zu beheben?

(Jochen Ott [SPD]: Dann mach doch mal einen Vorschlag! Einen Vorschlag! – Stefan Zimkeit [SPD]: Ihr habt doch in zwei Jahren nichts gemacht! – Ralf Witzel [FDP]: Steigerung der Ausbildungskapazität, Herr Kollege! – Weitere Zurufe – Glocke)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsdebatten sind spannend und rufen offensichtlich Widerspruch auf allen Seiten hervor, aber das Wort hat jetzt der Redner hier am Redepult, Herr Löttgen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Volkan Baran [SPD]: Aber der sagt doch nichts! – Weitere Zurufe)

Bodo Löttgen (CDU): Ich will es noch mal wiederholen, weil es im Geschrei des Kollegen Ott untergegangen ist:

(Zurufe von der SPD: Och! – Jochen Ott [SPD]: Dann soll er mal was sagen! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie haben sogar ein Mikro!)

Wenn wir uns selbst in diesem Parlament in der Kritik in Form eines reflexhaften „zu wenig“ und „nicht ausreichend“ erschöpfen, obwohl die eingeleiteten Maßnahmen gerade erst beschlossen worden sind – ob bei Straßenbau, Digitalisierung, ärztlicher Unterversorgung oder beim Lehrermangel –, wie wollen wir

dann der zunehmenden Skepsis der Gesellschaft gegenüber Transformationsprozessen begegnen?

Seit 50 Jahren führt das Institut für Demoskopie Allensbach eine Umfrage gemeinsam mit der „FAZ“ durch. Die aktuelle stammt vom 18. April dieses Jahres und trägt die Überschrift „Der unheimliche Fortschritt.“

Fazit: Selten war die Stimmung so fortschrittsskeptisch wie heute. Heute sagen nur noch 32 % der Deutschen, sie glaubten an den Fortschritt. Bei den Jugendlichen ist das der niedrigste gemessene Wert seit 50 Jahren. Die Forscher sprechen von einer Trendwende. Es ist offensichtlich, dass viele Menschen von den aktuellen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen überfordert sind.

Jeder Tag – so sagt ein geflügeltes Wort in Amerika – hat zwei Griffe. Wir können den Tag am Griff der Ängstlichkeit packen oder am Griff der Zuversicht halten, aber statt für die Zuversicht entscheiden wir uns immer wieder nur für den Griff der Angst.

Als jemand, der an einem Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Abitur gemacht hat, erlaube ich mir, einen Satz dieses großen Mannes als Leitspruch für mich und für meine Fraktion in Anspruch zu nehmen: Der größte Fehler, den man im Leben machen kann, ist, immer Angst zu haben, einen Fehler zu machen.

Es ist leider so, dass uns auch hier in diesem Parlament häufig die Bauchnabelschau wichtiger ist als die Draufsicht auf die Dinge, als die Perspektive. Was hindert uns eigentlich daran?

Ich will Ihnen mal sagen, wie das noch vor 50 Jahren war. Am 13. September 1962 sagte Kennedy: We choose to go to the moon. – Am 20. Juli 1969, in der Nacht vom 20. auf den 21., kam anlässlich der Landung auf dem Mond der Satz: The eagle has landed. – 357 Wochen von der Ankündigung bis zur erfolgreichen Durchführung.

Am 21.10.2009 beschloss dieses Parlament die Übertragung der Regionalplanung auf den RVR. Am 13.09.2019 kam das Eingeständnis des Scheiterns: kein Regionalplan vor der Kommunalwahl 2020, ganze 516 Wochen von der Ankündigung bis zum Scheitern. Wir hatten 159 Wochen mehr Zeit als die Amerikaner bei der Mondlandung, und es hat trotzdem nicht funktioniert.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die CDU regiert im RVR mit!)

Das lässt nur einen Schluss zu: Die Regionalplanung des RVR muss eine ungleich größere und schwierigere Aufgabe sein als eine bemannte Mondlandung.

(Michael Hübner [SPD]: Wer ist denn Vorsitzender der Verbandsversammlung?)

– Herr Kollege, wollen wir beide uns mal den Artikel der Ruhrbarone von Stefan Laurin durchlesen, wer

personell dafür verantwortlich ist, dass das gescheitert ist? Wollen wir das mal machen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da werden Sie sehr viele Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Fraktion, aus der Fraktion der Grünen wiederfinden, die an führender Stelle dafür gesorgt haben, dass diese Regionalplanung nicht zum Tragen gekommen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Jetzt kann man ja sagen: Okay, 2020, 2022, 2023 kommt das Ganze. – Aber noch schlimmer ist die Reaktion aus einigen Bereichen auf dieses Scheitern. Ich will eine einzige exemplarisch nennen. Schlagzeile – ich sage nicht, welcher Ort es war –: Aufatmen in XXX, kein neues Industriegebiet, Regioplan Ruhr verzögert sich um Jahre. – Das empfinden die Menschen als gut.

Nicht nur in diesem Fall gibt es viele Menschen, die genau wissen, was nicht geht, die genau wissen, was Mann oder Frau nicht mehr tun darf. Aber das, was es zu tun gilt, wird bei uns, bei der Politik abgeladen, um sogleich nach einer Entscheidung wieder als nicht ausreichend und ungenügend kritisiert zu werden.

Das Sankt-Florians-Prinzip, von dem Harald Markenstein 2014 in der „Zeit“ mal sagte: „Jeder denkt manchmal so, gleichzeitig weiß jeder, dass man nicht so denken sollte“, verbunden mit der heute nicht nur in sozialen Netzwerken so beliebten Maxime: „Willst du nicht meiner Meinung sein, dann schlag ich dir den Schädel ein“, führt zwangsläufig zu einer sich selbst blockierenden Republik.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und wer diesen Stillstand verhindern will, meine Damen und Herren, der muss sich in Zeiten plötzlicher disruptiver Transformationen auf einige Grundannahmen einigen. Ich will drei nennen; es gibt sicherlich mehr.

Fehler einzugestehen und zu korrigieren, ist wichtig. Antworten auf Fragen zu geben, auch wenn es nicht allen passt, ist wichtig. Sagen, was man tut und tun, was man sagt, ist wichtig.

Ein letztes Beispiel, wo genau das nicht funktioniert als Vorlage für die Kollegin Düker, also in Richtung Bündnis 90/Die Grünen, möchte ich noch nennen. Wir kommen noch mal zurück zum Staatspreis. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte bei der Verleihung des Staatspreises unter großem Applaus der anwesenden grünen Spitze – Zitat –: Ohne Ordnungsrecht werden wir nicht auskommen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Guter Satz!)

– Guter Satz, genau. Klaus Töpfer ergänzte, Dreiwege-Katalysator und Rauchgasentschwefelungsanlagen seien nicht durch Abgaben, sondern durch Vorgaben eingeführt worden.

Wenn man aber, liebe Monika Düker, darauf setzt, dass es richtig und notwendig ist, dass neues Ordnungsrecht zum Schutz des Klimas und der Umwelt ab dem Zeitpunkt der Rechtsetzung gilt, dann ist im umgekehrten Schluss bestehendes Ordnungsrecht vom Baurecht bis zum Brandschutz in Düsseldorf ebenso wie im Rheinischen Revier einzuhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man kann nicht das eine haben, ohne das andere zu bekommen. Wenn heute diese Erkenntnis bei Bündnis 90/Die Grünen

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

mit den daraus sich ergebenden unabdingbaren Konsequenzen mit eben solcher Vehemenz Einzug halten würde wie bei der nachdrücklichen Forderung, zukünftiges Ordnungsrecht ebenso konsequent und zum Schutz des Klimas einzuhalten, dann, meine Damen und Herren, wäre in diesem Parlament schon viel gewonnen.

Wir, die NRW-Koalition, sind uns sicher, mit diesem vorgelegten Haushalt die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die wichtigsten Zukunftsfragen unseres Landes, die in unserer Verantwortung liegen, zu beantworten:

(Monika Düker [GRÜNE]: Ganz weit hergeholt!)

Keine neuen Schulden auf Kosten kommender Generationen, Schuldenabbau wann immer möglich, klar erkennbare Schwerpunkte bei verbesserter Sicherheit auf der Straße und im Netz, Ermöglichung des Aufstiegs durch Bildung, Transformation in eine nachhaltige Mobilität in Stadt und Land, Ausstieg aus der Braunkohle und Sicherung bezahlbarer Energie für ein prosperierendes Industrieland Nordrhein-Westfalen,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wahrung des sozialen Friedens in Zeiten erheblicher technologischer Umwälzungen.

Diese Vision eines funktionierenden und prosperierenden Landes Nordrhein-Westfalen, in dem jede und jeder seine Chancen nutzen kann, in dem der soziale Frieden trotz Transformation auf der Grundlage solider Haushalte und einer Politik von Maß und Mitte gewahrt bleibt, ist sicher nicht mit der amerikanischen Vision von 1962 vergleichbar, ganz bestimmt nicht, aber eines darf ich Ihnen versichern:

Wir werden diese, unsere Ziele mit dem gleichen Nachdruck und der gleichen Kraftanstrengung weiterverfolgen und verwirklichen.

Für die CDU-Fraktion sage ich dem Finanzminister und allen, die in Ministerien und Behörden an diesem Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben, einen herzlichen Dank. Wir freuen uns auf konstruktive Beratungen in den Ausschüssen und hier im Parlament.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Brauchen wir mehr öffentliche Investitionen, ja oder nein? Meine Antwort ist ganz klar: Ja, wir brauchen sie. Und das Fehlen dieser öffentlichen Investitionen ist aus unserer Sicht das zentrale Problem dieses Haushalts, Herr Lienenkämper.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn eines ist klar: Die jetzt vernachlässigten Investitionen sind die Schulden von morgen. Auch im Deutschen Bundestag wurde in der letzten Woche der dritte Haushalt der Legislaturperiode diskutiert, und auch dort standen die Investitionen im Mittelpunkt der Debatte. Das hat nichts, Herr Kollege Löttgen – lieber Bodo Löttgen, ist er noch da? Ja, da ist er –, ...

(Zuruf von der SPD – Bodo Löttgen [CDU] führt ein Gespräch.)

– Lass ihn reden, ich erkläre es ihm nachher.

... mit Geldausgeben zu tun, sondern es kommt darauf an, wofür man Geld ausgibt.

(Christof Rasche [FDP]: Das stimmt!)

Auch immer mehr Ökonomen in dieser Republik, Herr Rasche, die Ihnen nahestehen, fordern angesichts schwächelnder Konjunktur, stockender Weltwirtschaft, zurückgehender Wachstumsprognosen – wir haben es schon gemerkt, die Steuern werden weniger –, drohender Handelskonflikte lang angelegte öffentliche Investitionsprogramme oder Investitionsfonds, Sondervermögen und drängen die Politik zu Entscheidungen.

Herr Lienenkämper, das hat nichts mit Panikmache oder mit Untergangsszenarien zu tun, sondern das ist einfach Realitätssinn, den Sie sich vielleicht auch einmal aneignen sollten. Denn wir müssen uns auf das, was auf uns zukommt, vorbereiten. Nichts anderes mahnen Ökonomen an.

Da sind wir noch nicht beim Schuldenmachen und bei der Debatte um die schwarze Null. Denn schaut man in die Zahlen des NRW-Haushalts, dann sehen

wir gegenüber 2019 ein um 2 Milliarden Euro größeres Haushaltsvolumen.

Schauen wir uns die Investitionsausgaben an. Diese steigen um mickrige 100 Millionen Euro von 7,9 auf 8 Milliarden Euro. Da kann ich Ihnen gerade vollmundig angekündigten Investitionsschwerpunkt nun wirklich nicht erkennen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Bodo Löttgen [CDU])

Schaut man in die Mittelfristige Finanzplanung, dann fasst man es nicht. Bis 2023 sollen die Investitionsmittel sogar auf 7,8 Milliarden Euro sinken bei gleichzeitig weiter steigendem Haushaltsvolumen.

Von einem Finanzminister, Herr Lienenkämper, der seit Amtsbeginn über 7 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen in der Kasse hat, können die Menschen in diesem Land erwarten, dass er mit diesem Geldsegen eine Finanzplanung vorlegt, die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gibt. Genau das tut dieser Haushalt einmal mehr nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schaut man auf den bundesweit dramatischsten Investitionsstau bei öffentlicher Infrastruktur, dann sind wir gerade in NRW zwangsläufig bei den Kommunen. Denn bundesweit klafft in den Städten und Gemeinden eine Investitionslücke von sage und schreibe 140 Milliarden Euro. Die Auswirkungen sehen wir doch jeden Tag in den Regionen, im Bergischen Dreieck, im Ruhrgebiet oder anderswo. Da sind marode Schulgebäude, da sind Schwimmbäder, die kurz vor der Schließung stehen,

(Henning Rehbaum [CDU]: Alles Rot-Grün! – Lachen von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

da sind Straßenschäden. Das alles können Sie sich jeden Tag anschauen; da fahren auch Sie, Herr Löttgen, jeden Tag durch.

Mit 1.262 Euro Verschuldung pro Kopf – nur über die Kassenkredite, also den Dispo in unseren Kommunen – sind wir hinter dem Saarland und Rheinland-Pfalz unter den am höchsten verschuldeten Städten und Gemeinden. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg hat jede Einwohnerin und jeder Einwohner 22 Euro Schulden, in Bayern sogar nur 13 Euro.

(Bodo Löttgen [CDU]: Weil Sie 49 Jahre regiert haben! – Weitere Zurufe von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie und ich, Herr Löttgen, die Menschen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens haben hundertmal mehr Schulden als die Menschen in Bayern. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann doch da schon längst keine Rede mehr sein.

Jeder weiß, dass es unsere Kommunen aus eigener Kraft schlichtweg nicht schaffen können, die notwendigen Investitionen zu stemmen und gleichzeitig ihre Schulden abzubauen.

(Zuruf von der CDU: Alles Ihr Werk!)

Da sind nicht nur ein paar kaputte Schwimmbäder, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur bröckelnder Putz von der Fassade, das sind lebendige Kultureinrichtungen, Stadtbüchereien, Sportstätten, Schulen. Das ist Daseinsvorsorge. Das hat sehr viel mit einer funktionierenden kommunalen Demokratie zu tun.

Schon jetzt gehen die Steuereinnahmen gegenüber den Prognosen merklich zurück. Wann, wenn nicht jetzt, Frau Scharrenbach, lösen Sie endlich Ihr Versprechen gegenüber den Kommunen ein? Wann legen Sie uns endlich ein Konzept für den Altschuldenfonds vor, den diese Kommunen so dringend brauchen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Anstatt ein Förderprogrammchen hier und dort mal ein bisschen mehr für Klimaschutz

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

wäre für den Klimaschutz und die Klimafolgeanpassung – auch ein großes Thema in den Kommunen – jetzt ein langfristig angelegtes Investitionsprogramm nötig.

Aus unserer Sicht könnte hier das Programm „Gute Schule 2020“ ein Vorbild sein. Das ist ein erfolgreiches Programm, das durchaus verlängert werden müsste, wie wir meinen. Auch dazu heute von Ihnen kein Wort.

(Beifall von den GRÜNEN und Christian Dahm [SPD] – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich sage Ihnen, Herr Höne, es ist längst Zeit für ein Programm „Gutes Klima 2030“. Denn es kann nicht sein, dass sich nur reiche Kommunen Klimaschutz leisten können.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Das Problem lösen Sie auch mit den ganzen Förderprogrammen nicht. Da geht es um Frischluftschneisen, um Entsiegelungen, um energetische Gebäudesanierungen, Dachbegrünungen usw. usf. Düsseldorf kann sich das leisten, andere Städte nicht. Also brauchen wir nach „Gute Schule 2020“ ein Programm „Gutes Klima 2030“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Einen Investitionsstau gibt es im Land auch bei den Hochschulen und bei den Studierendenwohnhei-

men, von denen die Hälfte dringend sanierungsbedürftig ist. Es drohen bald Schließungen – und das bei der großen Wohnungsnot in unseren Städten.

Die Studierendenwerke beziffern die Mittel für ein Sofortprogramm auf 300 Millionen Euro, langfristig auf 700 Millionen Euro. Zu diesem Investitionsbedarf, Herr Lienenkämper, habe ich heute nichts, aber auch gar nichts von Ihnen gehört. Diese Hilferufe überhören Sie geflissentlich bei Ihren Haushaltseinbringungen.

Und Sie sind gerade dabei, ein weiteres zentrales Wahlversprechen zu brechen. Frau Gebauer, im Wahlkampf wurde von Klaus Kaiser, damals schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, aber auch von der FDP rauf und runter gefordert, die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer endlich mit A13 zu besolden – wie andere Lehrkräfte auch und wie sie es auch verdient hätten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Angesichts des sich jetzt verschärfenden Lehrermangels bei den Grundschulen kommen Sie in einer Pressekonferenz mit dem Vorschlag, jetzt wieder die verpflichtenden Prüfungen zum Übergang zum Gymnasium zu machen.

(Zuruf von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung)

Eine zentrale Antwort auf den Lehrermangel an den Grundschulen ist eine anständige Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer. Diese Antwort geben Sie mit diesem Haushalt wieder nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es im Kabinett Laschet überhaupt keine Hemmungen, die Ministerialbürokratie weiter aufzublähen – noch einmal 73 Stellen. Herr Lienenkämper, wird das bei Ihnen einfach abgezeichnet, wenn die Anmeldungen der Kollegen kommen? Hinterfragen Sie mal, wofür die alle jetzt noch mal 73 Stellen mehr brauchen?

Sie haben einen Halbzeitrekord. Ein Halbzeitrekord Ihrer Regierung – unfassbar; denn ich glaube, das ist die einzige Regierung, die das geschafft hat –: zusätzlich 525 neue Stellen in den Ministerien.

Frau Gebauer, wie erklären Sie eigentlich Ihren überlasteten Lehrerinnen und Lehrern, warum diese Stellen beim Finanzminister genehmigt werden und für Ihre Lehrerinnen und Lehrer nichts übrig bleibt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Lienenkämper, ein Finanzminister, der so mit der Gießkanne – bei den Ministerien und auch anderswo – über das Land geht und nicht sieht, wo mehr Düngung oder mehr Wasser für ein gutes Wachstum benötigt wird, dem fehlt nicht nur der

grüne Daumen, dem fehlt tatsächlich ein Kompass für eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Fortsetzung des größtmöglichen Gegensatzes zwischen Reden und Handeln findet sich in Ihrer Klimaschutzpolitik, Herr Pinkwart. In nahezu jeder Rede des Ministerpräsidenten und auch bei Ihnen hören wir das Mantra der Eins-zu-eins-Umsetzung des Berichts der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das ist ja auch richtig!)

Machen wir mal den Faktencheck: Handelt diese Regierung auch wirklich danach? – Liest man den Bericht, findet man auf Seite 21 folgenden Passus – ich zitiere aus dem Bericht –:

„Für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf 65 % ist eine ausreichende Flächenausweisung notwendig.“

Hört, hört!

„Insbesondere müssen für Windenergieanlagen und Freiflächen-PV-Anlagen Flächen in relevanter Größe ausgewiesen, akzeptiert und genehmigt werden.“

Und was macht die Landesregierung? – Sie macht genau das Gegenteil.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Nein!)

Mit der Verabschiedung des LEP reduzieren Sie diese von der Kommission geforderten Flächen um mehr als die Hälfte. Und dann verkünden Sie in Ihrer Energieversorgungsstrategie auch noch vollmundig: Wir verdoppeln mal eben den Strom aus Windenergie bis 2030.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Das machen wir auch!)

Rechnen wir mal. Das bedeutet übersetzt einen Zubau von 700 MW jährlich im Bereich Wind. Im ersten Halbjahr waren es allerdings gerade mal magere 42 MW. Herr Pinkwart, da kann sich doch jeder ausrechnen, dass das mit der Energiewende so nichts wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Ich weiß: Wenn Sie jetzt antworten könnten, dann käme das Genöle über die langen Genehmigungsverfahren, die bürokratischen Ausschreibungsbedingungen in Berlin, die vielen Klagen und die fehlende Akzeptanz vor Ort. Vielleicht mag all das, worüber

Sie immer und gerne jammern, zutreffen, aber ich frage mich erstens: Warum blockieren Sie in Ihrem eigenen Verantwortungsbereich, also dort, wo Sie es voranbringen können, den Ausbau von Windenergieanlagen wo es nur geht?

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Und ich frage mich zweitens, warum Sie sich dann nicht auf Bundesebene für bessere Bedingungen einsetzen, anstatt mit zu jammern.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Der Ministerpräsident gehört schließlich der Regierungspartei in Berlin an und sitzt sogar im Bundesvorstand. Will oder kann er sich da nicht durchsetzen? Entfesseln Sie doch da mal ein wenig mit!

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Werden wir!)

Ich glaube, dann wären wir weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Umweltbundesamt rechnet vor: Hätten wir bundesweit einen Mindestabstand von nur 1.000 m – wie gesagt, Sie leisten sich ja sogar 1.500 m – zur Wohnbebauung, würde das gesamte Leistungspotenzial in Deutschland von 80 GW auf 40 bis 60 GW, also mit hin um fast die Hälfte, reduziert. Das heißt, mit einer Reduzierung der Flächen, so wie Sie es hier tun, können die Ausbauziele nicht erreicht werden.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Das bedeutet, Sie setzen den Kohlekompromiss nicht nur nicht eins zu eins um, wie Sie uns immer glauben machen wollen, sondern Sie sabotieren ihn, wo Sie nur können. Damit gefährden Sie die Energiewende in NRW. Und dann glauben Sie auch noch, die Leute sind so dumm, dass sie das nicht merken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich war vorletzte Woche beim Sommerempfang des Landesverbandes Erneuerbare Energien. Ministerpräsident Laschet war auch dort. Da berichteten Betreiber von Windenergieanlagen, Mittelständler aus dem ländlichen Raum – nicht unbedingt grünes Wählerklientel, um das gleich dazuzusagen – von ihren Problemen, woran es denn nun liege, dass diese Branche stoppt. Die prekäre Situation ist allenthalben bekannt.

Herr Pinkwart, sorry, da kamen genau diese Abstandsflächen wieder auf. Ein Windmüller berichtete,

er habe es geschafft, in seinem Bereich eine Akzeptanz zu schaffen auch für Windräder unter 1.000 m Abstand zur Wohnbebauung. Er bietet Konzepte und Hilfe an.

Da werden Hände gereicht für zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wertschöpfung, für eine Unterstützung Ihrer Klimaschutzziele und für eine Umsetzung der Ergebnisse der Kohlekommission. Was ich bei all diesen Angeboten und guten Vorschlägen, die da gekommen sind, rational wirklich nicht mal annähernd nachvollziehen kann, Herr Pinkwart und Herr Laschet – der ist jetzt gerade nicht da; diese Angebote richteten sich an ihn –, ist, warum man diese ausgestreckten Hände einfach ausschlägt. Das ist mir nicht verständlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann kommt Ihre Begründung: Naja, die Windräder sollen doch im Norden gebaut werden, weil da ja mehr Wind weht.

Herr Pinkwart, dann können Sie die energieintensive Industrie gleich mit an die Küste schicken; denn da wird dann der Strom produziert, den diese Industrie hier bei uns braucht. Mit dieser Strategie vertreiben Sie die Industrie aus unserem Land. Sie verhindern nachhaltige Wertschöpfung und gefährden zukunftsfähige Arbeitsplätze.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist wirklich rational nicht mehr nachvollziehbar, das ist irrational. Und das ist ideologisch gesteuerte Politik, die ihre vollmundigen Bekenntnisse zur Umsetzung des Kohlekompromisses Lügen straft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Überhaupt nicht glaubwürdig ist das neue grüne Mäntelchen des Ministerpräsidenten in Sachen Umwelt- und Naturschutz. Über den Sommer konnten wir hier eine Strategie, aber keinen Politikwechsel beobachten.

Staunend las ich am 10. August das Interview des Ministerpräsidenten in der „BILD am SONNTAG“. Der selbst ernannte Baumschützer Laschet fordert darin sehr fotogen an einen Baumstamm gelehnt zur Rettung unseres geschundenen Waldes eine Baumprämie, damit alles mal wieder aufgeforstet werden kann. Das Foto sah gut aus, aber: Er will dies durch – man höre und staune – eine CO₂-Bepreisung finanzieren, die aber mit dem Vorschlag der NRW-CDU auf Bundesebene gar nicht kurzfristig verfügbar ist. Aber man haut schon mal einen Vorschlag raus – das hört sich irgendwie gut an; das Bild ist gut.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Das Gleiche gilt für den fotogenen Auftritt bei der Artenschutzkonferenz. Da kamen tatsächlich ein paar nette Bilder. Schaut man aber mal hinter diese Bilder:

Da ist es nur ein grünes Mäntelchen, das Sie mit Ihrer Politik nicht ausfüllen können.

Machen wir doch mal einen Faktencheck! Denn wenn Sie all das ernst nehmen, was Sie von der Staatskanzlei an Bildern produzieren – Herr Liminski, Sie werden diese fotogenen Auftritte des Ministerpräsidenten mit vorbereiten –, würden Sie nicht gleichzeitig alle Maßnahmen zur Reduzierung von Insektiziden blockieren, mal eben den Nationalpark Senne aus der LEP-Planung streichen, mit dem Landesentwicklungsplan den Flächenfraß vergrößern oder die Massentierhaltung mit den negativen Folgen für Umwelt und Natur erleichtern.

Gerade am Wochenende konnten wir bei „Westpol“ wieder schockierende Bilder sehen. Zwei Jahre nach dem Schweinemastskandal beim Hof Schulze Föcking wieder solche Bilder aus dem Kreis Steinfurt. Was haben Sie denn in den zwei Jahren getan, damit dieses Elend in den Ställen von Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat?

Sie hätten auch Folgendes in reale Politik umsetzen müsse: Sie hätten zum Beispiel das ökologische Jagdgesetz nicht rückabwickeln, das Klagerecht für Tierschutzverbände nicht abschaffen dürfen.

Herr Ministerpräsident, bevor Sie sich weiter an Bäume im Sauerland lehnen, mache ich Ihnen einen Vorschlag, was Sie morgen in eigener Verantwortung stattdessen für unseren Wald ganz konkret tun können. Legen Sie einen Waldfonds auf, um Waldflächen von Privatbesitzern aufkaufen zu können, um sie anschließend naturnah zu bewirtschaften! Das muss noch nicht mal als Staatsforst passieren, das kann man in Genossenschaftsmodelle überführen. Aber damit haben Sie Waldflächen in die naturnahe Bewirtschaftung übergereicht.

Das wäre ein Fonds. Das wären Investitionsmittel, von denen Herr Lienenkämper meint, sie nicht zu haben. Genau das sind die Antworten auf die Fragen, die uns gerade gestellt werden, wie wir im Umwelt- und Naturschutz vorankommen. Das hilft wohl mehr als Ihre netten Bilder mit den Bäumen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Thema „Bäume“ bietet eine geschickte Überleitung zum Hambacher Wald.

(Ralf Witzel [FDP]: Forst!)

– Horst? Der Horst hat da, glaube ich, nichts damit zu tun. – Ach, Forst, Herr Witzel. Ich dachte, das wäre ein Witz. Okay.

Beim Hambacher Wald hat diese Regierung Glaubhaftigkeit und Vertrauen gründlich verspielt. Herr Laschet, Sie haben sich willfährig in den Dienst von RWE und nicht des Landes gestellt. Mit dieser einseitigen Interessenvertretung haben Sie den Konflikt vor Ort angeheizt und nicht befriedet, wie es Ihre Aufgabe gewesen wäre. Diese Geschichte ist für uns

noch nicht zu Ende erzählt, solange Sie, Frau Scharrenbach, das Märchen der Räumung allein aus dringendem Handlungsbedarf wegen Brandschutz weiter erzählen. Wir werden Sie heute in der Fragestunde da nicht rauslassen und von Ihnen volle Transparenz verlangen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Scheintransparenz, die mit den Aktenordnern gegeben zu sein scheint, genügt uns nicht.

Am Ende, weil es sonst niemand tut, lobt sich diese Regierung Laschet am liebsten selbst.

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Im ADAC-Podcast am 1. August sagten Sie, Herr Laschet – ich zitiere –:

„Diese Regierung ist die beste, die es gibt. Weil sie harmonisch zusammenarbeitet, nicht streitet, sich nicht zusammenraufen muss.“

Und jetzt kommt der bemerkenswerte Satz:

„Es existiert in ganz Deutschland keine Regierung, die so gut funktioniert, ...“

Wow!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bemerkenswert ist, bevor Sie jetzt alle anfangen zu klatschen, dass nur Sie, Herr Löttgen, Herr Laschet, das so bewerten. Schaut man auf die Meinungsumfragen, so hat Ihre Regierung seit der Wahl nicht in einer einzigen Meinungsumfrage bei den Menschen in diesem Land noch eine Mehrheit bekommen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wir wollen keine Meinungsumfragen gewinnen! Wir wollen Wahlen gewinnen!)

Und, Herr Ministerpräsident, Ihre Beliebtheitswerte sind, gelinde gesagt, sehr bescheiden. Sie sind gerade auf dem vorletzten Platz – immerhin sind Sie nicht Letzter. Das ist auch okay.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Regierungsprinzip ist „Hauptsache Frieden am Kabinettstisch“. Ihre Kaffeekränzchen müssen immer unglaublich nett sein.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das ist vielleicht ganz nett und gut und schön. Aber regiert man so ein Land, dass „Hauptsache Frieden beim Kaffeekränzchen“ zum Selbstzweck verkommt? Herr Löttgen, dann bleiben wichtige Entscheidungen auf der Strecke. Dann verkommt das Prinzip Harmonie für immer, und überall wird die Soße drübergekippert. Jeder kriegt etwas. So löst man die entscheidenden Fragen, die sich bei uns stellen, nicht.

Herr Ministerpräsident, eine Ihrer zentralen Wahlkampflogans, schön groß auf diesen Wesselmännern gedruckt, ist: Zuhören. Entscheiden. Handeln. – Wir sind bei der Halbzeitbilanz angekommen, Herr Ministerpräsident, und dieses große Versprechen verkommt zur hohlen Phrase. Denn bei der Menschheitsherausforderung Klimaschutz – Achtung, ein Zitat von Bundeskanzlerin Merkel – hören Sie nicht denjenigen zu, die zum Gelingen beitragen können und wollen, sondern vor allen den Mahnern und Bremsern.

In der Haushalts- und Finanzpolitik stellen Sie, Herr Lienenkämper, nicht einmal die entscheidenden Fragen, geschweige denn treffen Sie die richtigen Entscheidungen.

Beim Umwelt- und Naturschutz, Herr Ministerpräsident, können Sie noch so viele Bäume in der Eifel, im Sauerland oder im Münsterland umarmen, es glaubt Ihnen niemand Ihre neu entdeckte Empathie für Bäume und Bienen, wenn Sie nicht danach handeln. Und das tun Sie nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn ich Sie jetzt nach der Debatte fragen würde – ich habe Herrn Löttgen und Herrn Lienenkämper zugehört –: „Wie gehen Sie in die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode?“, dann zeigt diese Debatte: Sie haben sich für ein „Weiter so“ entschieden. Wir Grüne sagen dazu: Nein, auf keinen Fall. Ihr Mantra von Maß und Mitte – ich habe es heute gefühlt 20-mal gehört – und die Aussage von Herrn Lienenkämper: „Wir machen alles mal ganz gelassen und harmonisch“, zeugen nicht von Haltung, sondern stehen für eine Politik, die den Kopf in den Sand steckt. Das kann dieses Land derzeit nicht gebrauchen.

Dieses Land braucht eine mutige, eine glaubwürdige, eine wahrhaftige und eine ehrliche Politik, die sich nicht vor notwendigen und manchmal auch unbequemen Entscheidungen drückt. Das heißt, Herr Laschet, liefern Sie endlich!

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelte Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Monika Düker, meine Güte, was für eine negative Stimmung haben wir gerade an diesem Rednerpult verbreitet, oft mit in Richtung des Ministerpräsidenten erhobenem Zeigefinger, verbunden mit einer ziemlich außergewöhnlichen Arroganz! So macht man ein Land nieder, statt es nach vorne zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei CDU und FDP ist das ganz anders. Wir haben Freude an Gestaltung. Wir haben Freude an Politik. Wir haben Freude an Zukunft.

(Zuruf von der SPD)

In der Tat sieht das in aktuellen Debatten anders aus. Da entwickelt sich ein anderer Eindruck. Da wird Angst vor der Zukunft gemacht. Da hat man oft Angst vor anderen Menschen. Die Uhren sollen zurückgedreht werden. Man redet von Verboten, und man will sich abschotten.

Das ist nicht der Ansatz dieser NRW-Koalition von CDU und FDP; denn – ich sagte es – wir haben Freude am Regieren. Das hat sogar letzte Woche in Berlin – Kolleginnen und Kollegen der Opposition waren dabei – die Kanzlerin gelobt. Sie ist das ja in der GroKo in Berlin nicht so richtig gewohnt. Umso mehr zeichnet uns dieses Lob aus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollen also unser Land gestalten. Das machen wir natürlich so, wie wir es begonnen haben: mit Maß und Mitte.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nein!)

Kollege Kutschaty, der Oppositionsführer, fand das langweilig und hat ein Ende von Maß und Mitte gefordert. Bei uns ist es genau umgekehrt. Unser Selbstverständnis sagt uns: Was gut ist, setzen wir fort. – Und wenn eine Politik von Maß und Mitte erfolgreich ist, dann setzt diese Koalition natürlich diese Politik fort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben richtig Lust, die großen Herausforderungen in unserem Land in unserer Zeit anzugehen. Das zeigt auch dieser Landeshaushalt, den Finanzminister Lutz Lienenkämper heute eingebracht hat. Wir haben die riesigen Herausforderungen unserer Zeit im Blick.

Wir stellen den Menschen in unserem Land Lösungen vor, die unser Land und auch die Menschen nach vorne bringen. Drei Beispiele in drei wesentlichen Bereichen möchte ich Ihnen nennen.

Erstens: Lösungen für Aufstiegschancen für alle. Das fängt übrigens in der Familie an. Der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp ist für den Bereich von Familien und Kindern zuständig. Er hat die Rahmenbedingungen in diesem Bereich wesentlich verbessert und wesentlich nach vorne gebracht. Es gibt sogar ein Programm mit 5,5 Millionen Euro für die Förderung von Kinderwunschbehandlungen. Dabei handelt es sich um ein völlig neues Programm. Das ist wichtig und zeigt, dass wir nicht nur das große Ganze sehen, sondern auch in vielen Details unterwegs sind.

Für viele Familien ist die frühkindliche Bildung von herausragender Bedeutung. Sie ist ein zentraler Baustein für die Chancen für ihre Zukunft, übrigens für alle Kinder in unserem Land. Der Pakt für Kinder und Familien – Bodo Löttgen hat ihn bereits genannt – ist ein Meilenstein der Politik dieser Regierung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

1,3 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr stecken wir in frühkindliche Bildung. Darunter sind 115 Millionen Euro mehr für Investitionen in den Kita-Platz-Ausbau und 200 Millionen Euro für ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr. Klar ist: Der Pakt für Kinder und Familien ist eine historische Leistung der NRW-Regierung in diesem Land. Er ist wirklich eine historische Leistung. Das will ich noch einmal betonen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Haushalt dokumentiert übrigens auch, dass Bildung für die NRW-Koalition klare Priorität hat. Rund ein Viertel der Mittel des Landeshaushaltes werden für Bildung ausgegeben, während zeitgleich – man höre und staune! – im Bund die Mittel für Bildung reduziert werden. Das ist einmal ein Unterschied. In Berlin werden – unter einer Regierung von Union und SPD – die Mittel für Bildung in Deutschland reduziert. Hingegen werden in Nordrhein-Westfalen – unter einer Regierung von CDU und FDP – die Mittel für Bildung wesentlich gesteigert. Das ist die richtige Richtung und eine vernünftige Politik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Haushalt gibt es 1 Milliarde Euro mehr in diesem Bereich: für mehr Lehrerinnen und Lehrer, für neue Talentschulen – 25 weitere gehen an den Start – und für mehr Ganztagsplätze.

Die Menschen – ich will das noch einmal deutlich sagen – wollen in Nordrhein-Westfalen keine Einheitschule. Darüber haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl im Jahr 2017 abgestimmt. SPD und Grüne sollten sich noch einmal die Landtagswahlergebnisse ihrer beiden Parteien vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das tun würden und Respekt vor den Menschen in unserem Land hätten, würden Sie das Thema „Einheitsschule“ für immer beerdigen. Aber Sie machen das Gegenteil.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kollege Kutschaty hat in der Bildungspolitik unsere Schulministerin Yvonne Gebauer heftig kritisiert. Noch schärfer war, dass er die Vorgängerin Sylvia Löhrmann ausdrücklich gelobt hat. Weiß denn die SPD gar nicht mehr, warum gerade die SPD bei der letzten Landtagswahl das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der SPD in Nordrhein-Westfalen ein-

gefahren hat? In einer Umfrage nach der Wahl sagten die meisten Menschen in diesem Land: Grund dafür war die Bildungspolitik von Rot-Grün – also ausgerechnet die Bildungspolitik von Sylvia Löhrmann.

Vielleicht sollten Sie sich der Realität nähern, Herr Kutschaty, Ihre alte Politik überdenken und eine neue Politik gestalten, damit die SPD in Zukunft wieder ein bisschen erfolgreicher werden kann. Wir gönnen Ihnen das auf jeden Fall.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine Politik, die Chancen für alle als Ziel formuliert, hat auch immer zwei wache Augen für vernünftige Sozialpolitik. Deshalb haben CDU und FDP in jedem Landeshaushalt wirksame Sozialmaßnahmen auf- und ausgebaut. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen. Die soziale Kompetenz dieser Regierung wurde auch in vielen Medien immer wieder ausdrücklich gelobt.

Das wichtigste Thema für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen liegt aber im bezahlbaren Wohnen. Auch diesen Punkt hat der Kollege Kutschaty genannt. Da hat er völlig recht.

So unterstützen wir die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ für wohnungslose Menschen ganz gezielt mit 3 Millionen Euro in diesem Haushaltsjahr und weiteren 2 Millionen Euro im kommenden Haushaltsjahr. Auch hier kümmern wir uns ausdrücklich um die sozial Schwachen in Nordrhein-Westfalen. Das ist wirklich ein Merkmal der Regierung von CDU und FDP in diesem Land.

Die soziale Bedeutung von bezahlbarem Wohnen für alle ist enorm. Wenn wir das Problem lösen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir bauen.

Wir sehen übrigens, wohin eine Wohnungsbaupolitik führt, bei der über Jahre nicht gebaut wird, weil man über Jahre nichts gebacken bekommt, wenn man nach Berlin schaut. Ich meine jetzt nicht die Bundeshauptstadt Berlin, sondern die Landeshauptstadt Berlin, in der die SPD seit 19 Jahren regiert.

Die Mieten und Kaufpreise gehen – auch bedingt durch diese Politik der SPD – durch die Decke wie in keinem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Teilweise werden Bauen und Eigentumserwerb dort systematisch erschwert, teilweise sogar völlig blockiert. Dass dann die Mieten steigen, ist doch eine logische Konsequenz.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Interessant ist, dass die SPD in Berlin sagt – da gibt es ja auch keinen Widerspruch der SPD aus Nordrhein-Westfalen –: Unsere Wohnungsbaupolitik in Berlin ist sehr erfolgreich.

(Zuruf von der SPD)

Wir setzen sie fort. Da stellen wir noch ein paar Hebel mehr um und ziehen die Schrauben fester an, damit wir diese Politik noch konsequenter fortsetzen können. – Halleluja! Was blüht denn den Mieterinnen und Mietern in Berlin bei dieser Politik der Genossen in unserer Bundeshauptstadt? Das darf nicht wahr sein!

(Zuruf von der SPD)

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Ich kritisiere nicht, dass Sie das in sieben Jahren Regierungszeit nicht umgesetzt haben. Aber wir hatten doch schon einmal staatliche Wohnungsbaugesellschaften, an die wir uns noch gut erinnern – mit politisch bezahlten Geschäftsführern, die in die eigene Tasche gewirtschaftet haben und die eigenen Mieter abgezockt haben. In diesem Jahr wurde ein Jubiläum dieser Gesellschaft, der Neuen Heimat, gefeiert; alle Medien haben groß darüber berichtet.

So eine staatliche Baugesellschaft, wie die SPD sie damals geleitet hat, brauchen wir aktuell und auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen nicht. Das steht für uns definitiv fest.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch die Grünen spielen beim Neubau und bei Entwicklungsperspektiven eine besondere Rolle. Das von Bodo Löttgen vorhin angesprochene Scheitern des Regionalplans Ruhr ist nur die Spitze des Eisbergs. Dort gibt es einen grünen Planungsdezernenten, der maßgeblich dafür gesorgt hat, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist, und dort gibt es eine sozialdemokratische Führung.

(Michael Hübner [SPD]: Und einen Vorsitzenden der Verbandsversammlung! Wie heißt der? – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

Als die SPD in Nordrhein-Westfalen noch selbstbewusst war

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

und an diesem Rednerpult Kollegen der SPD gesprochen haben, die die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen hinter sich hatten, standen hier selbstbewusste Genossen, die sich nicht hinter Kollegen von anderen Parteien versteckt haben.

(Zurufe)

Sie haben ihre eigene Politik verteidigt

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

und dann auch zu eigenen Fehlern gestanden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Genau das Gegenteil macht die SPD, die es heute in diesem Land gibt – leider, leider, leider.

Diese Beispiele aus Berlin und von der Ruhr zeigen: Die SPD und die Grünen sind beim bezahlbaren Wohnraum schlecht aufgestellt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was für ein Blödsinn!)

Von ihnen ist in diesem Bereich nichts zu erwarten.

Ganz anders macht es die NRW-Koalition. Wir haben das Baurecht sowohl für den Neubau als auch für den Ausbau vereinfacht. Wir haben die Wohnraumförderung massiv gesteigert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach wie vor setzen wir uns dafür ein, dass endlich ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer ermöglicht wird.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer wäre der zielgerichtete Weg, um junge Familien zu unterstützen

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

und ihnen die eigenen vier Wände in unserem Land zu ermöglichen.

(Beifall von der FDP)

Da erwarte ich von der SPD, dass sie sich endlich ehrlich macht

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und im Bundesrat den Weg für diesen Freibetrag freimacht, anstatt ihn ständig zu blockieren.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Von der gleichen SPD hören wir dann, dass sie die NRW-Koalition kritisiert, weil wir die Grundsteuer nicht reduziert haben.

(Michael Hübner [SPD]: Grunderwerbsteuer!)

Das macht ausgerechnet die SPD, die in ihrer Regierungszeit von sieben Jahren diese Steuer fast verdoppelt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unglaubwürdiger geht es kaum.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Es war die Grunderwerbsteuer!)

Glauben Sie mir: Das haben sich die Menschen in unserem Land gemerkt.

Thomas Kutschaty hat eben versucht, hier am Rednerpult die Interessen von Mietern und Vermietern zu spalten, statt bei einer so gewaltigen Aufgabe die Interessen zusammenzuführen. Was diese Spaltung

hervorgebracht hat, ist nicht mehr der Wohnungsbau, sondern die Halbierung der Umfrageergebnisse der SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch da sind Sie auf einem Holzweg. Sie haben hier sieben Jahre lang den Bauminister gestellt. Mike Groschek hat oft an diesem Rednerpult gestanden. Aufgrund seiner Art und Weise, in der er hier geredet hat, hat es uns auch Spaß gemacht, ihm zuzuhören – unabhängig vom Inhalt. Es hat allerdings keinen anderen Bauminister in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalens gegeben, in dessen Amtszeit die Mieten so stark gestiegen sind wie in der Zeit von Mike Groschek. – Lieber Arndt Klocke, das ist Fakt. Sie waren als Grüne damals mit in der Regierung. Da brauchen Sie jetzt nicht den Kopf zu schütteln.

Ein zweites Beispiel: Lösungen für mehr Sicherheit in unserem Land. Auch hier hat die Landtagswahl 2017 gezeigt: Die Menschen waren mit der Politik von SPD und Grünen unzufrieden.

CDU und FDP haben das mit Innenminister Herbert Reul vom ersten Tag an geändert. Wir haben eine völlig neue Sicherheitspolitik auf den Weg gebracht. Wir haben mehr Stellen für Polizistinnen und Polizisten geschaffen. 2.500 Anwärterstellen können wir jetzt anbieten; das ist absoluter Rekord in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen der Polizei wesentlich verbessert. Durch Verwaltungsangestellte werden viele Polizistinnen und Polizisten entlastet.

Die Koalition hat sich auch vorgenommen, Realschulabsolventen den Zugang zum Polizeidienst zu ermöglichen und wesentlich zu erleichtern; denn auch die Realschüler können wir im Polizeidienst in Nordrhein-Westfalen mehr als gut gebrauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben fast 150 Spezialistinnen und Spezialisten eingestellt, die sich um Extremismus im Netz kümmern und ihn noch besser bekämpfen.

Ein schlimmes Thema ist der Bereich Kinderpornografie. Auch die Nachrichten, die uns heute erreicht haben, sind mit schrecklichen Bildern verbunden. Es ist gut, dass wir gemeinsam einen Untersuchungsausschuss einberufen haben,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

der klären wird, was alles falsch gelaufen ist, und Vorschläge unterbreiten wird, was man besser machen kann.

Es ist auch gut und war das gute Recht der Fraktionen in diesem Hohen Haus, dass sie die Landesregierung aufgefordert haben, ein Handlungskonzept für besseren Kinderschutz zu erarbeiten. Auch da

sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg. 5 Millionen Euro stehen im Haushaltsjahr 2020 in diesem Bereich zusätzlich zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle in diesem Hohen Hause sind uns sicherlich einig: Was in Lügde und anderswo passiert ist, sollte in diesem Land nie wieder passieren.

(Allgemeiner Beifall)

Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, sind Lösungen für eine lebenswerte Zukunft, auch für die kommenden Generationen.

Auf 2,5 Milliarden Euro belaufen sich die jährlichen Zinskosten des Landes Nordrhein-Westfalen, die wir für die riesigen Schulden zu leisten haben, die das Land insbesondere unter Verantwortung der SPD in Nordrhein-Westfalen gemacht hat.

(Michael Hübner [SPD]: Helmut Linszen!)

Das ist ein riesiger Schuldenberg – viel höher als in anderen Bundesländern. Was könnten wir mit diesem Geld alles finanzieren! Zwar könnten wir nicht das finanzieren, was Lutz Lienenkämper als Finanzminister vorhin beziffert hat, als er die Vorschläge der Opposition genannt hat, deren Umsetzung in Summe 43 Milliarden Euro ausmachen würde. Aber wir könnten eine Menge für die Menschen in unserem Land tun, wenn Nordrhein-Westfalen 45 Jahre solide gewirtschaftet hätte. Da nehme ich gerne alle beteiligten Fraktionen und Parteien mit ins Boot. Aber einige sind nun einmal besonders für eine unsolide Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen verantwortlich.

Die FDP hat im Jahre 2012 beispielhaft für solide Finanzpolitik gestanden und einen Schuldenhaushalt von Herrn Walter-Borjans abgelehnt. Neuwahlen waren die Folge. Und – das finde ich besonders bemerkenswert – die FDP wurde für diesen Mut belohnt. Sie wurde seinerzeit für diesen Mut belohnt. Insofern setzen wir diesen soliden Finanzkurs in der aktuellen NRW-Koalition seitens der FDP gemeinsam mit unserem Partner, der CDU, natürlich fort.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei Rekordsteuereinnahmen muss eine Koalition selbstverständlich in die Zukunft investieren: in Infrastrukturen, in Bildung, in Innovationen, in Umweltschutz und in Sicherheit.

Ganz nebenbei, liebe Kolleginnen und Kollegen, entlasten wir sogar die Bürger. Denn mit dem NRW-Modell für faire Straßenbaubeiträge sorgen wir für eine wesentliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir haben das alte SPD-Modell, das viele Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Ruin getrieben hat, abgelöst.

Ihre Politik, die Sie heute hier als SPD vorstellen, ist unglaublich. Damals waren Ihnen die Menschen,

die Sie in den Ruin getrieben haben, doch egal; sonst hätten Sie doch die Gesetzgebung geändert.

(Zuruf von der SPD)

Heute fordern Sie hingegen die völlige Abschaffung. Unglaublich kann eine Politik auf dem Rücken der Menschen in unserem Land nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Gleichzeitig kommen wir – ich betone es noch einmal – ohne neue Schulden in diesem Land aus. Investieren, entlasten und keine Schulden machen: Das ist die solide Finanzpolitik dieser Regierung.

Unsere Politik der Zukunftsinvestitionen zahlt sich aus. Wir leisten einen wichtigen Beitrag, der die ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen auch für nachkommende Generationen schafft und erhält. Wir bringen wirksame Maßnahmen auf den Weg, statt symbolische Forderungen zu erheben.

Unsere Maßnahmen greifen ineinander, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gilt zum Beispiel für unsere Bundesratsinitiative zum Einbezug der Sektoren Wärme und Verkehr in den Handel mit CO₂-Zertifikaten. Diese Initiative ist nicht nur absolut seriös und logisch, sondern war auch überfällig. Denn wir müssen alle Sektoren in diesem Bereich zusammennehmen, um am Ende unsere CO₂-Ziele zu erreichen.

Wir erleichtern den Menschen in unserem Land den Umstieg auf die Bahn und den Radverkehr. Hendrik Wüst hat einen Rekordetat für den Bereich Mobilität. Fast 3 Milliarden Euro sind es mehr, übrigens 1,8 Milliarden Euro davon allein für den öffentlichen Nahverkehr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir modernisieren Stadt-, U-Bahn- und Straßenbahnsysteme.

(Jochen Ott [SPD]: Mit Bundesmitteln!)

Wir investieren mehr in den Bau und Ausbau von Radwegen – übrigens mehr, als Rot-Grün es jemals getan hat. Noch einmal: Wir stecken mehr Geld in Radwege, als Rot und Grün jemals dort hineinsteckt haben. Das ist eine bemerkenswerte Aussage; denn viele Menschen meinen – vielleicht haben sie bei den Grünen automatisch dieses Gefühl –, wenn die Grünen in der Regierung seien, werde viel mehr in den Bereich Radverkehr gesteckt. Diese Regierung zeigt: Gefühle können manchmal trügen. Zahlen sind viel besser. Fakt ist: Keine Regierung – auch unter grüner Beteiligung – hat jemals mehr Geld in den Radverkehr gesteckt als diese NRW-Koalition hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Woher kommt denn das Geld?)

Der Haushalt investiert über 180 Millionen Euro gezielt in die Digitalisierung der Verwaltung. Wenn wir von Industrie 4.0 und Digitalisierung reden, dann müssen wir dieses Ziel auch bei der Verwaltung erreichen; denn nur wenn wir diesen Weg gemeinsam beschreiten, werden wir unsere Ziele erreichen, und dazu gehört zwingend auch die Verwaltung.

Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Staat, das Land kann Rahmenbedingungen schaffen und Impulse für eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in diesem Land geben. Den größten Beitrag leistet allerdings nicht der Staat. Den größten Beitrag leisten die Menschen in unserem Land selbst, zum Beispiel im Ehrenamt, im Sport, in der Kirche, in Parteien und in Vereinen. In ganz vielen Institutionen bringen die Menschen in unserem Land motiviert Nordrhein-Westfalen nach vorne.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb ist es der FDP und der NRW-Koalition besonders wichtig, auch in diesem Haushalt das Ehrenamt und alles, was dazugehört, zu stärken. Die 1 Million Euro zusätzlich für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist nur ein kleines Beispiel von vielen.

Das Sportstättenförderprogramm der Landesregierung wird hervorragend angenommen. Davon profitieren alle Städte und Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen gleichermaßen.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist nur für Vereine!)

Der Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements und des gesellschaftlichen Miteinanders ist in dieser Koalition ganz besonders groß. Darauf bin ich besonders stolz.

Meine Damen und Herren, große Herausforderungen brauchen Lust auf Gestaltung, Investitionen für die Zukunft und – das ist ganz wichtig, und das unterscheidet uns von den Kollegen der Opposition – Vertrauen in die Menschen in unserem Land. Sie brauchen keine Bevormundung und keine Verbote. Die Menschen haben Ideen. Sie wollen eine saubere Umwelt sowie Chancen, Sicherheit und beste Bildung für sich und auch für die nachfolgenden Generationen.

Genau diesen Geist atmet der Haushaltsentwurf, den die Landesregierung heute eingebracht hat. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Wagner das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung bringt heute ihre Vorstellung von einem Haushalt für das Jahr 2020 ein – so, wie in jedem Parlament in jedem Jahr die Regierung ihren Haushalt einbringt; soweit nichts Ungewöhnliches; so, wie wir das als AfD ebenso tun werden, sobald wir regieren.

(Vereinzelt Lachen)

– Das haben ja nicht Sie zu entscheiden, sondern der Wähler. Das ist das Schöne.

(Zuruf: Ja, klar!)

Aber was unterscheidet uns dabei von Ihnen? – Zunächst einmal muss man sich immer wieder vergegenwärtigen, dass wir es hier doch tatsächlich mit einer Landesregierung zu tun haben, die – man glaubt es im parlamentarischen Alltag kaum – von CDU und FDP gestellt wird. Damit hätte man früher bestimmte Vorstellungen verknüpft; zum Beispiel, dass gut gewirtschaftet wird und dass so etwas wie wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz da ist – genauso, wie früher allgemein vermutet wurde, die SPD sei für den sprichwörtlichen kleinen Mann da. Das eine ist – ich kann es vorwegnehmen – so vorbei wie das andere.

80 Milliarden Euro hat die Landesregierung in diesem Jahr zur Verfügung. Das sind 80.000 Millionen Euro; eine gewaltige Summe, mit der man viel Gutes für die Menschen auf den Weg bringen könnte – vor allem, wenn man bedenkt, dass Schwarz, Rot, Gelb und Grün in diesem Haus in den letzten Jahrzehnten gemeinsam einen gigantischen Schuldenberg von sage und schreibe 144 Milliarden Euro angehäuft haben.

Man könnte also denken, dass da jetzt endlich ordentlich getilgt wird, damit unsere Kinder und Enkel nicht auch noch unsere Schulden abbezahlen müssen.

(Beifall von der AfD)

Aber leider ist dem nicht so. Darauf haben Herr Laschet und Herr Lienenkämper mal wieder keine Lust. Wenigstens in Sonntagsreden sprechen sie doch gerne von Generationengerechtigkeit. Aber mehr als Sonntagsreden haben sie an dieser Stelle leider nicht zu bieten.

Das, meine Damen und Herren, unterscheidet uns finanzpolitisch zuallererst von Ihnen. Wir haben den klaren Willen, zu sparen und zu tilgen. Anders als Sie denken wir nicht nur in Legislaturperioden und an die Wiederwahl. Vielmehr haben wir ein langfristiges Interesse an der Zukunft unseres Landes. Und zu einer sorgenfreien Zukunft gehört im Staatlichen wie im Privaten die Schuldenfreiheit.

(Beifall von der AfD)

Dass die Landesregierung dabei auch noch mutwillig die Expertise des Landesrechnungshofes in den Wind schlägt, ist eine Sünde an der Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

In den drei Jahren ihrer Haushaltsverantwortung hat die Landesregierung zusätzliche Steuern von knapp 18 Milliarden Euro vereinnahmt. Zurückgelegt, um damit Schulden abzubezahlen, hat sie ganze 572 Millionen Euro. Das ist ungefähr so, als hätte eine Familie 144.000 Euro Schulden. Nun nimmt sie in den letzten drei Jahren 18.000 Euro netto zusätzlich ein und bezahlt davon ganze 572 Euro Schulden ab.

Das ist die Tilgungsleistung dieser Landesregierung, meine Damen und Herren. Niemand auf der Welt käme auf die Idee, das bürgerlich und solide zu nennen. Und so kommt auch niemand auf die Idee, diese Politik bürgerlich und solide zu nennen.

Wenn Herr Löttgen vorhin sagte, dass es künftig weniger vom Mehr geben wird, dann können wir uns in etwa vorstellen, was das für die Tilgungsleistung dieser Landesregierung bedeutet. Da wird es künftig wahrscheinlich gar nichts mehr geben.

(Beifall von der AfD)

Dazu passt auch, dass der Ministerpräsident nun meint, der Bund solle NRWs Schulden übernehmen. Was für ein armseliges und unbürgerliches Gejammer! Man selbst macht Jahrzehnte Schulden, und nun sollen andere zahlen, weil Schwarz und Gelb es hier im Land nicht können und auch nicht wollen.

Klar, man kann das Geld über den Bund erstreiten. Das ist in Ordnung; wir wollen auch alles für NRW. Aber das kann doch nicht die erste und fast einzige Idee sein. Zuallererst muss man sich doch selbst bemühen, im Privaten wie in der Politik.

Als AfD-Fraktion stehen wir auch finanzpolitisch für ein selbstbewusstes und eigenverantwortliches Nordrhein-Westfalen – ein Nordrhein-Westfalen, das für selbst gemachte Schulden auch selbst aufkommt und nicht als Erstes bei anderen dreist betteln geht. Schon allein die Tatsache, dass wir in diesem Jahr mit über 1 Milliarde Euro am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängen, müsste dieser Regierung eigentlich peinlich sein.

Ich finde, dass das eine Schande für Nordrhein-Westfalen ist. Ich will ein Land, auf das die Menschen stolz sein können, und keines, für dessen kraftlose Finanzpolitik man sich schämen muss.

(Beifall von der AfD)

Allein diese Bilanz, allein diese Haltung, die da bei Ihnen zutage tritt ... Und dann lässt Herr Laschet auch noch Gerüchte streuen, er könne angeblich Kanzler. Kanzler, Herr Laschet, wurden eigentlich einmal Politiker, die etwas geleistet hatten und ihre

Kompetenz unter Beweis gestellt hatten. Womöglich haben Sie sich gedacht: AKK kann es ja auch nicht. Warum soll ich es dann nicht auch nicht können?

(Vereinzelt Lachen von der AfD)

So langsam wird es gruselig, wenn man sieht, wie wenig brauchbares Personal die ehemaligen Volksparteien noch in Reserve haben. Denn wir haben ja nicht nur einen selbst ernannten Kanzlerkötter aus den Reihen der Schwarzen im Haus; nein, wir haben auch gleich noch einen selbst ernannten SPD-Beinahe-Vorsitzenden und damit auch angeblichen Kanzlerkötter in unserer Runde.

Allerdings verkommt – wie das bei der SPD so ist – selbst das zur Farce. Als sich Herr Kutschaty zum neuen SPD-Chef ausrief, stimmte überhaupt niemand aus den eigenen Reihen in den Ruf ein. Mittlerweile tummeln sich bei der SPD-Castingshow diverse Nordrhein-Westfalen, nur einer nicht – der, der sich gleich am Anfang für einen der Besten hielt, Herr Kutschaty. Er hatte nicht den Hauch einer Chance, obwohl, sieht man einmal vom Bundesfinanzminister ab, die Konkurrenz doch eher drittklassig ist. Der Sturz der SPD gerade auch in Nordrhein-Westfalen wird hier besonders deutlich.

(Beifall von der AfD)

Aber zurück zur Haushaltsvorlage: Wenn man etwas tiefer in die Zahlen einsteigt, wird es noch unsolider, noch viel weniger bürgerlich. Sehen wir uns doch einmal an, wie die Landesregierung ihre vermeintliche schwarze Null in diesem Jahr zustande bringt.

Da sind zum Beispiel über 17.000 unbesetzte, offene Stellen im Landesdienst. Die werden mal eben frech als Minderausgabe und damit als angebliches Sparen gebucht, und das auf dem Rücken der Beschäftigten, die ja die Jobs der Nichteingestellten tagtäglich miterledigen müssen.

Das ist nicht nur den Beschäftigten gegenüber unsozial, sondern auch den Bürgern gegenüber; denn uns allen fehlen doch die Lehrer, Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Was an deren Nichteinstellung soll bitte schön solide und bürgerlich sein, meine Damen und Herren? Ich sage es Ihnen: Gar nichts daran ist solide und bürgerlich.

(Beifall von der AfD)

Aber der eigentliche Grund für die noch gehaltene schwarze Null ist ja neben einigen landespolitischen Taschenspielertricks die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank – so wie in den letzten Jahren auch. Das ist eine Folge der von allen anderen Parteien hier im Hause vertretenen sogenannten Euro-Rettungspolitik, die immer absurdere, aber vor allem immer schädlichere Auswirkungen für die Menschen mit sich bringt.

So schreibt der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Paul Kirchhof, in der „WeLT“ zu Recht:

Die Auswirkungen der Nullzinspolitik sind für den Normalparer besonders erheblich.

„Die Inflation der Immobilienpreise in Ballungsgebieten, in denen dieser arbeitet und wohnen will, ist so hoch, dass der Normalverdiener sich ein Grundstück nicht mehr leisten kann. ...

Der Bürger verliert Vertrauen in das Wirtschaftssystem, in die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Organe, in die Glaubwürdigkeit der Politik“,

so Kirchhof weiter.

„Mit ihrer Niedrigzinspolitik gibt die EZB zugleich das Instrument aus der Hand, das sie bei einer möglichen Rezession dringend benötigt. Sollte die Wirtschaftskraft in Europa schwächer und dadurch der Geldwert gefährdet werden, hat die EZB den Auftrag, dem gegenzusteuern. Ihr Instrument wäre eine Verbilligung des Geldes. Wenn sie aber den Geldzins bereits auf null gesenkt oder ‚negativ‘ gestaltet hat, fehlt ihr jetzt das dringend benötigte Handlungsinstrument.“

Soweit der Mann, den Angela Merkel einstmals zum Finanzminister machen wollte.

Er spricht dabei einen neuralgischen Punkt an. Wir haben die ersten rezessiven Tendenzen, und die Notenbank ist blank, was ihre Mittel zum Gegensteuern angeht. Es ist unverantwortlich, dass die deutsche Politik nicht gemeinsam klar und deutlich gegen diesen Irrsinn aufsteht. Stattdessen gibt es Symptomdebatten zum Beispiel darüber, wie man Kleinsparer vor Strafzinsen schützt.

Meine Damen und Herren, über 648 Milliarden Euro haben Deutschlands Sparer schon durch die niedrigen Zinsen verloren, wie die DZ Bank für den Zeitraum von 2010 bis 2019 ausgerechnet hat. Das sind pro Kopf der deutschen Bevölkerung mehr als 7.000 Euro.

Mit Gunther Schnabl warnt einer der renommiertesten deutschen Ökonomen vor verheerenden Folgen der ultralockeren Geldpolitik für Sparer.

„Die Niedrigzinspolitik der EZB wird deutsche Sparer nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Gunther Schnabl noch für sehr lange Zeit belasten. ‚Sparer müssen damit rechnen, dass sie auf dem Sparbuch auf Jahrzehnte hinaus keine Zinsen mehr erhalten werden oder sogar für ihre Einlagen bezahlen müssen‘, schreibt der Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig in einem Gastbeitrag für das Nachrichtenmagazin FOCUS. Durch die niedrigen Zinsen auf Sparbücher bei gleichzeitig steigender Inflation stehe die deutsche Mittelschicht vor einer ‚schleichenden Entwertung ihrer Ersparnisse‘, so Schnabl weiter.

Der Leipziger Ökonom befürchtet, dass die ultra-lockere Geldpolitik zu ‚wachsenden gesellschaftlichen und politischen Spannungen‘ führen wird“

– und das alles, weil die alte politische Klasse sich und den Bürgern auf Teufel komm raus nicht eingestehen will, was ihnen doch so viele Volkswirte sagen, nämlich dass der Euro auf diese Art eine ökonomische Fehlkonstruktion ist, dass Länder wie Griechenland gegen jede versprochene Regel aufgenommen wurden und nun künstlich und mit fatalen Folgen im Währungsraum gehalten werden sollen, dass gegen jedes Versprechen die Schulden anderer Staaten übernommen werden.

Das ist neben dem ökonomischen Wahnsinn auch wieder so ein tiefenwirksames Beispiel für den durch die politische Klasse selbst verschuldeten Vertrauensverlust – dieses ständige Brechen von Versprechen.

Das Brechen von Versprechen scheint bei Ihnen groß in Mode zu kommen; denn nun verrät die politische Klasse auch noch den ohnehin fragwürdigen Kohlekompromiss. Die versprochene Strompreisentlastung scheint einfach unter den Tisch fallen zu sollen. – Herr Laschet, ich erwarte von Ihnen ein ganz klares Bekenntnis zu diesen Mindestzusagen im sogenannten Kohlekompromiss.

Aber zurück zu unseren Sparern und Lebensversicherten: Wer nun also die Folgen Ihrer desaströsen Eurorettungspolitik sieht und davor warnt, ist dann angeblich ein Europafeind.

Nein, meine Damen und Herren, wer dem Sparer seinen Zins belassen will, ist kein Europafeind, sondern erkennt die Leistung der Menschen an, die ja jeden Euro sauer verdient haben. Er erkennt an, dass es zu den deutschen Erfolgsgeheimnissen gehörte, dass die Bürger gespart haben, anstatt alles in den sofortigen Konsum zu setzen. Ihn interessiert eben das Schicksal der ganz normalen Mittelschicht, die mittlerweile Probleme hat, die Mietwohnung zu wechseln oder gar Eigentum zu schaffen, weil die Politik für die unseriöse Währungspolitik horrenden Immobilienpreise in Kauf nimmt, weil die Anleger natürlich nach Rendite suchen, die sie in Immobilien zu finden hoffen.

Mit diesen bewusst in Kauf genommenen Fehlsteuerungen zulasten der Bürger muss endlich Schluss sein.

(Beifall von der AfD)

Die AfD setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Brüsseler Immobilien- und Mietpreistreiber abzustellen. Für uns bedeutet Europa Frieden und Freundschaft souveräner Nationen untereinander, um gemeinsam mehr Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu schaffen, aber zum Beispiel nicht, dass die Bürger mit explo-

dierenden Mieten belastet werden und sich die Haushalte, wie der der Landesregierung, auf Kosten der Bürger vermeintlich schuldenfrei halten.

(Beifall von der AfD)

Aber wer glaubt, damit wäre die Situation am Wohnungsmarkt für die alten Fraktionen schon angespannt genug, der muss dann auch noch mit ansehen, wie die Mieten gerade in den auch für die Mittelschicht und untere Mittelschicht bezahlbaren Objekten dadurch in die Höhe treiben, dass Sie knapp 2 Millionen sogenannte Flüchtlinge ungesteuert und unbegrenzt ins Land holen; denn es ist klar, dass die nun um genau die Wohnungen konkurrieren müssen, die auch von den deutschen und gut assimilierten ausländischstämmigen Bürgern nachgefragt sind.

Dann haben die Menschen mit viel Glück eine neue Wohnung gefunden, aber wie steht es mittlerweile um die Sicherheit im öffentlichen Raum, auf unseren Straßen und Plätzen? Immer mehr Menschen fühlen sich unwohl. Insbesondere in den Innenstädten treffen sie zu bestimmten Uhrzeiten immer wieder auf Gruppen, die von den alten Parteien und Medien verschämt „Jugendliche“ oder „junge Männer“ genannt werden. Dabei wissen wir doch alle, dass sich diese Gruppen auch noch etwas genauer eingrenzen lassen. Es sind nämlich in der Regel die von Ihnen ins Land geholten sogenannten Schutzbedürftigen. Tatsächlich fühlen sich insbesondere Frauen in unserem Land mittlerweile zunehmend schutzbedürftig.

Diese Situation stellt für die Menschen einen massiven Freiheitsverlust dar. Anstatt unbeschwert die Straße entlangzugehen und zu entspannen, nachzudenken oder sich mit beruflichen Lösungen zu beschäftigen, ist man gezwungen, sich um seine Sicherheit zu sorgen.

Anstatt in der U-Bahn einfach mal herunterzukommen oder sich auf das Abendessen mit der Familie zu freuen, muss man oder frau sich Gedanken machen, ob man womöglich angegriffen wird, ob einem etwas passiert. Es ist schon klar: In der Regel tritt der befürchtete Fall nicht ein, und man kommt heil nach Hause. Aber alleine, dass die Möglichkeit mittlerweile nicht mehr unreal erscheint, ist doch ein Verlust an Lebensqualität und ein Verlust an Freiheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ich bin Ihnen daher dankbar, Herr Reul – das will ich ausdrücklich sagen –, dass Sie nun eine Dunkelfeldstudie angestoßen haben, die Teilbereiche dessen beleuchten soll, was auch die AfD immer wieder anspricht, weil es die Menschen bewegt.

Wir haben diese Vorkommnisse, die oft nicht in der Polizeilichen Kriminalstatistik auftauchen, mittlerweile auch in Freibädern. Außerdem haben wir die unsere Regeln missachtenden und verachtenden

türkisch-orientalischen Chaoshochzeiten. Wir haben ganze Straßenzüge, die geprägt sind von arabischen Clans, die man jahrzehntlang einfach hat machen lassen.

In all diesen Zusammenhängen muss ich sagen: Es ist nicht rechtspopulistisch, wenn man seine Grenzen so sichert wie seine Haustür. Es ist nicht rechtspopulistisch, wenn man seine Schulden zurückzahlt, um sie nicht seinen Kindern zu hinterlassen. Es ist nicht rechtspopulistisch, wenn man zu jeder Zeit sicher durch jede Straße seiner Stadt gehen will. Und es ist nicht rechtspopulistisch, wenn man den hinauswirft, der sich nicht benimmt, obwohl man ihn verköstigt und ihm eine Wohnung gibt.

(Beifall von der AfD)

Ließen Sie sich, meine Damen und Herren von Schwarz, Rot, Grün und Gelb, das privat zu Hause gefallen? Nein, natürlich nicht. Deshalb haben Sie auch keine echten oder vermeintlichen Flüchtlinge bei sich privat zu Hause. Das wälzen Sie schön auf den Rest des Volkes ab und überhöhen sich dann auch noch moralisch, wenn die Menschen auf die realen Probleme hinweisen, die mit dieser Politik verbunden sind – Probleme, die jeder sieht, die Sie aber nicht sehen wollen.

Schon das Beschreiben von Realitäten ist für Sie rechtspopulistisch oder gleich Nazi. So kann man natürlich auch Nazis produzieren. Man muss nur jeden so nennen, der das fordert, was bis vor ein paar Jahren unter Demokraten ganz normal war – ich erinnere mich beispielsweise an die Leipziger Rede von Frau Merkel im Jahr 2004 –, und schon hat man jede Menge angeblicher Nazis, gegen die man sein darf. Das ist einfach grotesk.

Besser wäre es, Sie hätten Ihren eigentlichen Job gemacht. Seit Jahrzehnten haben Sie alle hier gemeinsam unsere Infrastruktur verrotten lassen. Zwar gilt im Verkehrsbereich, was oft auch in den anderen Ressorts konstatiert werden kann: Ja, es ist minimal besser als unter Rot-Grün. Das ist so, und da freuen wir uns angemessen minimal mit. Aber man muss auch ehrlich sein: Gegen Rot-Grün würde wohl fast jede Regierung besser aussehen.

Allerdings, Herr Wüst, ist der desaströse Zustand der Infrastruktur in unserem Land doch tatsächlich ein Gemeinschaftswerk aller Vorgängerregierungen, ob sie nun von CDU und FDP oder SPD und Grünen gestellt wurden. Sie alle haben den Zustand unserer Straßen zu verantworten.

Über die Hälfte der Landstraßen sind aktuell in den allerschlechtesten Kategorien eingestuft. Von 920 bisher inspizierten Brücken sind 637 nach heutigen Standards nicht mehr ausreichend belastbar und tragfähig. In 573 Fällen hilft nur noch der Abriss und Neubau. Das ist nur der aktuelle Prüfstand im Stauland Nummer eins, in dem nicht einmal 10 % der

Menschen Glasfaserkabel zur Verfügung haben und in dem ich, auf mir vertrauten Autobahnen fahrend, Geschäftsfreunde am Telefon immer mal vor dem nächsten Funkloch warnen muss. Was passiert, wenn ich mit der Bahn reise, muss ich gar nicht mehr erzählen. Alle wissen schon, was da schief läuft.

Meine Damen und Herren, man erlebt den Verfall eines Landes und eine Politik, die sich um Nebensächlichkeiten wie Gender-Toiletten und anderen Firlefanz kümmert, aber nicht um die Substanz, von der wir seit Jahrzehnten zehren.

(Beifall von der AfD)

Zu dem ständigen parteipolitischen Klein-Klein nur ein paar Beispiele aus den letzten Monaten: Dass der Staat gezuckerte Milchprodukte fördert, ist ja schon absurd genug. Wie es aber noch absurder geht, beweist Ihr Umgang mit unserem Antrag, diese Subventionen endlich einzustellen.

Wo jedem mit gesundem Menschenverstand – das war ein Thema von Herrn Lienenkämper – von vornherein klar ist, dass Kinder nicht überzuckert aufwachsen sollen, fiel Ihnen nichts Besseres ein, als meinen Kollegen Dr. Vincentz hier anzugreifen und ihm als Arzt zu sagen, er hätte keine Ahnung und wolle Schaden anrichten, so die CDU. Die FDP glaubte zu wissen, dass die AfD foodwatch hinterherliefe und ähnlichen Dummsinn. Natürlich lehnten Sie ab. Lieber gezuckerte Milch für Kinder subventionieren, als der AfD und 15 anderen Bundesländern zuzustimmen.

Aber wie so oft holte die Realität Sie ein, und nur zwei, drei Monate nach Ihrer vollmundigen Ablehnung setzt das Ministerium unsere Forderung um.

Meine Damen und Herren, genau von diesen Politspielchen fühlt sich der Bürger völlig zu Recht genervt. Die AfD-Fraktion gibt den Gedanken, dass es immer erst um die Sache gehen muss, nicht auf. Wir werden weiterhin selbst den Grünen zustimmen, wenn sie denn mal recht haben, ganz egal, ob sie uns hier negativ bescheiden, obwohl wir doch so häufig recht haben.

Das gilt zum Beispiel für unseren Antrag, hier endlich ein Landespflegegeld nach bayerischem Vorbild einzuführen. Warum soll es Pflegenden, die meine ganze Hochachtung haben, in Nordrhein-Westfalen schlechter gehen als denen in Bayern? Sie helfen ihren Angehörigen in Dortmund und Euskirchen doch genauso aufopferungsvoll wie in München und in Augsburg.

Die SPD hier im Hause faselte sogar von einer „Herd- und Bettprämie für pflegende Angehörige“. Damit offenbaren Sie einmal mehr Ihr furchtbares Menschen- und Familienbild, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall von der AfD)

Auch hier: AfD wirkt! Denn entgegen Ihren Einlassungen denkt Ihre Familienministerin Frau Giffey in Berlin mittlerweile genau in unsere Richtung und nicht in Ihre Richtung hier im Landtag.

Dass Sie unseren Antrag zur Flughafensicherheit erst ablehnen und ein Jahr später kopiert selbst einbringen, passt genauso in das Bild des Abgesangs einer ehemaligen Volkspartei.

Ganz besonders entsetzt hat mich die parteitaktische Art und Weise, als der tausendfache Fall des sexuellen Missbrauchs an den Kindern in Lügde ans Licht kam. Ob des massiven staatlichen Versagens in diesem Fall wollten die Schwarzen zuerst ihren Innenminister schützen und die Roten ihre Landräte. Monatelang habe ich wieder und wieder hier vor Ihnen stehen müssen, um endlich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu erhalten, damit wir gemeinsam daran arbeiten, das Versagen zu analysieren und abzustellen.

Abstellen sollten Sie endlich auch die von Ihnen mitverantwortete Strompreistreiberi. Die Rekordstrompreise sind eine direkte Folge der völlig verpfuschten Energiewende. Angesichts des nun beschlossenen Ausstiegs aus der Kohleenergie und der Tatsache, dass bis heute keine großen Energiespeicher zur Verfügung stehen, werden sich die Bürger auf weiter steigende Preise einstellen müssen. Zwar werden die Netznutzungsentgelte bis 2023 durch die beschlossene bundesweite Angleichung leicht sinken, dies dürfte aber durch die steigenden Kosten und die dringend benötigten Reservekraftwerke sowie die ungebremste Subventionierung der erneuerbaren Energien kaum ins Gewicht fallen.

Ergebnis: Die Preise steigen weiter, wie mein Bundestagskollege Leif-Erik Holm richtig analysiert.

Und weiter: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Fass ohne Boden und gehört abgeschafft. Warum sollen die Bürger ein nicht funktionierendes Projekt jedes Jahr mit noch mehr Milliarden subventionieren? Bis zur Beerdigung dieses planwirtschaftlichen Monstrums namens EEG fordern wir wenigstens eine schnelle Entlastung der Bürger. Das wäre über eine Aussetzung der Stromsteuer und die Deckelung der EEG-Umlage möglich. Da würden die Verbraucher nämlich sofort entlastet.

Die Abschaffung des EEG ist aber auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das ist ja immer Ihr besonderes Thema. Denn was bitte schön ist gerecht daran, wenn die Seniorin mit ihrer Grundrente, mit dem Strompreis, den sie zu bezahlen hat, dem Lehrerehepaar die Solaranlage auf dem Dach ihres Hauses finanziert? Ich will es Ihnen sagen: Nichts daran ist sozial gerecht.

(Beifall von der AfD)

Ungerecht ist es auch, dass die Schüler in Nordrhein-Westfalen so viel weniger lernen dürfen als ihre Altersgenossen in Sachsen oder Bayern. So sind auch die Schlagzeilen der Presse zum Kernthema „Schule“ zum Teil desaströs: „In NRW droht eine Bildungsapartheid“, „Fast jede zweite neue Lehrerstelle in NRW unbesetzt“, „Gebauer stehen noch härtere Zeiten bevor“, Ministerin muss noch zulegen. Nicht zuletzt wird Frau Gebauer titulierte als die „Mutter aller Schulprobleme“, so zumindest die Presse.

Da ist zunächst das Problem des massiven Lehrermangels. Trotz aller möglichen Bemühungen hat sich die Besetzungsquote gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Dieses Jahr konnten von den rund 10.000 Stellen nur 58 % besetzt werden. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 61 %. In konkreten Zahlen heißt dies, dass in NRW rund 4.000 Lehrer fehlen. Der Lehrermangel an Grundschulen ist dabei besonders riskant.

Nun müssen mal eben rund 200.000 Kinder aus der Flüchtlingswelle in unser Schulsystem integriert werden. Einigen Oberbürgermeistern von SPD und CDU hat das übrigens immer noch nicht gereicht. Denn anders sind ihre Willkommensparolen für noch mehr Zuwanderung aus außereuropäischen Staaten nicht zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, dass wir die entstandenen Probleme immer noch nicht ansatzweise im Griff haben. Aber demnächst sind Kommunalwahlen, und wir werden dann entsprechend dazugewinnen.

Der Lehrerverbandspräsident Heinz-Peter Meidinger referierte erst kürzlich in einem Interview bei der „Passauer Neue Presse“ – ich zitiere –:

„Meiner Kenntnis nach ist dies mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit der größte Lehrermangel, den wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten jemals hatten.“

Weiter führt er aus:

„Wir werden Qualitätsprobleme im deutschen Bildungswesen kriegen ... Das werde sich besonders an den Grundschulen zeigen.“

Und weiter:

„Wir hatten bereits bei der letzten Grundschulstudie zum ersten Mal einen Rückschritt zu verzeichnen. Ich fürchte, das wird sich fortsetzen.“

Doch leider setzt es sich sogar noch schlimmer fort. Wir haben mittlerweile zahlreiche Schulen ohne Schulleiter. Die Vakanzen im Schulleiterbereich werden zu strukturellen Problemen. In NRW ist jede siebte der 5.105 öffentlichen Schulen ohne regulären Leiter. Über alle Schulformen hinweg sind 707 Chefesseln und 939 Vizeposten vakant. Bei den allgemeinbildenden Schulformen haben Grund-, Haupt- und Realschulen einen besonders hohen Bedarf an

Leitungspersonen. Ein Beispiel: An den 2.732 öffentlichen Grundschulen fehlen 350 Schulleiter und 540 Stellvertreter.

Wen wundert das auch, wenn man beispielsweise weiß: Alleine 2018 sind an NRW-Schulen 263 Lehrer Opfer von Körperverletzungen geworden, und dies sind nur die statistisch erfassten Fälle. Erst zu Schuljahresbeginn wurde ein Schulleiter aus Duisburg von einem 14-Jährigen geschlagen und schwer verletzt. Anschließend durfte er sich im Krankenhaus behandeln lassen. Unsere Fraktion wünscht selbstverständlich auf diesem Wege gute Besserung.

Aber – ganz toll – die Landesregierung will im Frühjahr 2020 und 2022 eine Woche des Respekts an Schulen ausrufen. Die wird wahrscheinlich genauso helfen wie die Flyer des Innenministers gegen Chaochzeiten, nämlich gar nicht.

Aber weiter zu den Folgen der Politik des Mangels im Bildungsbereich: Alleine im Primarbereich wurde beispielsweise eine Verschlechterung der Handschrift mit einem Negativwert von rund 90 % nachgewiesen. Das ist ein alarmierendes Ergebnis, welches Leistungsabfall begünstigt. Auch der Zeitumfang beschwerdefreien Schreibens fällt erschreckend aus. Nur zwei von fünf Schülern können länger als 30 Minuten beschwerdefrei schreiben.

Beim INSM-Bildungsmonitor 2019 belegt NRW gerade einmal Platz 13, bei der Ausgabenpriorisierung sogar Platz 15. Lediglich Bremen hat schlechter abgeschnitten, und Bremen schneidet immer schlechter ab, meine Damen und Herren.

Schlecht abgeschnitten trifft es denn auch insgesamt ganz gut. Was Sie hier heute vorgelegt haben, ist ein der schädlichen Nullzinspolitik geschuldeter, nur vermeintlich ausgeglichener Haushalt. Die Schulden zurückzahlen, sie endlich wirksam zu tilgen, das fällt Ihnen gar nicht erst ein. Investitionen in die Kernaufgaben des Staates? – Unzureichend. Grenzsicherung will Herr Laschet nicht. Abschiebungen? – Totalversagen von Herrn Stamp.

Wenn das ernsthaft der Haushalt sein soll, mit dem sich Armin Laschet bei möglichen Neuwahlen im Bund als Kanzlerkandidat empfehlen wollte, dann geht der Schuss sprichwörtlich nach hinten los. So kann NRW nicht als Beispiel für den Rest der Nation dienen, höchstens als schlechtes. Unser Anspruch ist da ein anderer. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. Das war der Abgeordnete Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenigstens ein paar Ausführungen möchte ich richtigstellen, bevor wir in den intensiveren Austausch im Haushalts- und Finanzausschuss, in allen anderen Ausschüssen und dann auch wieder hier im Plenum eintreten.

Herr Kollege Kutschaty, ich habe mir bei Ihnen mal die Wohnraumförderung herausgesucht. Sie haben Frau Kollegin Scharrenbach dafür kritisiert und ihr sinngemäß unterstellt, sie sei im Bündnis mit den Unternehmern gegen die Mieterinnen und Mieter. Das finde ich persönlich angesichts der unfassbar vielen Termine, die Frau Kollegin Scharrenbach in der gesamten Wohnungswirtschaft mit Mietern und Eigentümern durchführt, ausgesprochen fragwürdig. Außerdem ist es auch noch falsch.

Ich will Ihnen sagen, wie die Volumina der Wohnraumförderung in Ihrer Regierungszeit ausgesehen haben. Im Durchschnitt betrug das Volumen der Wohnraumförderung von 2011 bis 2016 858 Millionen Euro. Dabei habe ich zu Ihren Gunsten schon das starke Jahr 2016 eingerechnet, das wegen der flüchtlingsbedingten Bundeshilfen ein ganz besonderes Ausreißerjahr nach oben war.

Das Volumen der Wohnraumförderung unter dieser Landesregierung und Ministerin Ina Scharrenbach lag 2018 bei 1,1 Milliarden Euro, 2019 bei 1,1 Milliarden Euro, und es liegt 2020 bei 1,1 Milliarden Euro, 2021 bei 1,1 Milliarden Euro, 2022 bei 1,1 Milliarden Euro.

(Sven Wolf [SPD]: Und wie viel ist abgerufen worden?)

Sogar Sie werden den Durchschnitt ermitteln können: 1,1 Milliarden Euro.

(Beifall von der CDU und der FDP – Thomas Kutschaty [SPD]: Und wie viel davon sind Bundesmittel?)

Sowohl beim Mietwohnungsneubau als auch bei der Eigentumsförderung, bei den Modernisierungen im Bestand, bei den Quartiersmaßnahmen und beim studentischen Wohnungsbau sind darin Steigerungen enthalten. Beim Mietwohnungsneubau sind es prozentual die weitaus größten Steigerungen. Das entkräftet den Vorwurf, diese Landesregierung sei eine Regierung, die Eigentümerförderung, aber keine Mietwohnungsförderung betreibe.

(Sven Wolf [SPD]: Herr Lienenkämper, Strich drunter: Wie viele Wohnungen sind denn entstanden?)

Wir kümmern uns um die kleinen Leute genauso wie um die Wohnungswirtschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das waren nun die Volumina. Sie sind Fachmann und wissen, dass man die Ergebnisse davon unterscheiden muss.

(Christian Dahm [SPD]: So ist das!)

Das Ergebnis für 2018: 8.662 geförderte Wohneinheiten in der Wohnraumförderung; 923,4 Millionen Euro echtes Fördervolumen. Das ist ein Plus von 5,5 % gegenüber dem Ergebnis von 2017 und das beste Förderergebnis seit 2012.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie dieses Thema also weiter bearbeiten wollen, dann empfehle ich Ihnen die Beachtung eines alten amerikanischen Sprichworts, lieber Kollege Kutschaty: If you sit in a hole, stop digging.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kommen wir zum Bereich der Justiz. Herr Kollege Kutschaty, Sie haben der Landesregierung vorgeworfen, wir hätten massiv Vertrauen bei der Justiz verspielt. Falls Sie damit die Justizpolitik gemeint haben sollten,

(Thomas Kutschaty [SPD]: Nein!)

darf ich Ihrer Aufmerksamkeit zuführen, dass wir ...

(Thomas Kutschaty [SPD]: Sie wissen, was ich gemeint habe!)

– Dazu komme ich gleich ja noch.

Falls Sie damit die Justizpolitik gemeint haben sollten, darf ich Ihrer Aufmerksamkeit zuführen,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

dass wir in den vergangenen Jahren unserer Regierungszeit die Regierung waren, lieber Herr Justizminister a. D., die die meisten zusätzlichen Stellen in der Justiz geschaffen hat.

(Vereinzel Beifall von der CDU – Sven Wolf [SPD]: Und wie viele davon sind besetzt?)

Im nächsten Jahr wird das fortgesetzt: 257 neue Stellen im kommenden Jahr – 56 neue Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, Stärkung des Justizvollzugs, Bewältigung der Klagewelle in der Sozialgerichtsbarkeit, und wir streichen zusätzlich noch kw-Vermerke.

Die Justizpolitik kann sich also wirklich sehen lassen. Herr Justizminister a. D., Sie wären froh gewesen, wenn Sie diese Stellen hätten schaffen können. Wir tun es jetzt, und das ist gut für die Justiz in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Herr Kutschaty hat Stellen geschaffen und besetzt! Das schafft Herr Biesenbach nicht!)

Und falls Sie, lieber Kollege Kutschaty, mit Ihrer Bemerkung den Fall „Sami A.“ gemeint haben sollten

(Christian Dahm [SPD]: Na guck mal! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und damit Herrn Kollegen Stamp indirekt vorgeworfen haben, das Vertrauen und das Verhältnis zur Justiz nachhaltig beschädigt zu haben, ist die erste Botschaft: Inzwischen ist rechtskräftig entschieden, dass diese Maßnahmen des Kollegen Stamp rechtmäßig waren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ist es wirklich Ihre Position, dass Sie dem Oberverwaltungsgericht, welches so entschieden hat, vorwerfen, dass damit das Verhältnis dieses Oberverwaltungsgerichts zum Rest der Gerichtsbarkeit gestört ist? Glauben Sie das wirklich? Oder glauben Sie sogar ernsthaft, dass es Ihre Position sein kann, dass Joachim Stamp sich dafür bei der Justiz entschuldigen muss, dass Sami A. jetzt in Tunesien ist?

Überlegen Sie mal, wie Sie das den Menschen erklären. Ich finde es gut, dass es rechtmäßig ist, dass Sami A. jetzt in Tunesien ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Gregor Golland [CDU] – Sven Wolf [SPD]: Und was ist mit der Debatte davor, Herr Lienenkämper? Die hat geschadet!)

Dann kommen wir, liebe Frau Kollegin Düker, zur Investitionsquote. Darüber werden wir ganz bestimmt noch viel miteinander diskutieren. Ich will aber versuchen, einige Dinge ins Verhältnis zu rücken.

Ihre Vorwürfe wären glaubwürdiger, wenn Sie in Ihrer Regierungszeit entweder eine höhere Investitionsquote gehabt hätten als wir oder in Ihrer Mittelfristigen Finanzplanung eine steigende Investitionsquote.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Beides war nicht der Fall.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihre Mittelfristige Finanzplanung für 2016 bis 2020 sah sinkende Investitionsquoten vor – von 8,8 % auf 8,3 % in 2020.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja, da war die Schuldenbremse!)

Wir sprechen jetzt über 10,0 % in 2020 und im Haushaltsentwurf bis 2023 über dann 9,1 %. Unsere schlechteste Zahl ist besser als Ihre beste.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Da musste man die Schuldenbremse einhalten!)

Und da ich Sie wirklich zu den echten Fachleuten in dieser Debatte rechne, will ich noch etwas ergänzen,

was Sie wahrscheinlich tatsächlich noch nicht berücksichtigen konnten, was wir nun aber berücksichtigen sollten; das ist gar kein Vorwurf. Als das Kabinett den Entwurf des Haushalts in der Mittelfristigen Finanzplanung beschlossen hat, war der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ für die Hochschulen noch nicht abgeschlossen. Das heißt, wir konnten Mittel aus diesem Pakt naturgemäß in der Mittelfristigen Finanzplanung noch nicht berücksichtigen.

Zwischenzeitlich ist dieser Pakt abgeschlossen, und er sieht ein Volumen von 490 Millionen Euro für 2022 und 678 Millionen Euro für 2023 vor.

Im Sinne der Investitionsquote sind das Investitionen, und damit würde die Investitionsquote 2022 auf 10,3 % steigen und 2023 noch stolze 9,9 % betragen. Das wird in den nächsten Haushaltsentwürfen der Fall sein.

Sie sehen, dass die Investitionen de facto ungefähr auf dem Niveau bleiben werden, auf dem sie jetzt sind, selbst wenn man die Quote betrachtet.

Nun zu den echten Zahlen – Bodo Löttgen hat es angesprochen, dass sie manchmal aussagekräftiger als die Quote sind.

Während Ihrer Regierungszeit waren für das Planjahr 2020 6,244 Milliarden Euro an Investitionsausgaben vorgesehen. Das ist dieser Regierung beträgt in Summe 7,987 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung um 28 %. Jetzt sagen Sie bitte noch einmal, wir würden zu wenig investieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wissen genau wie ich – in dieser Hinsicht haben wir sogar die gleiche Auffassung –, dass die Investitionsquote, so wie sie im Moment gesetzlich vorgeschrieben ist, nicht unbedingt die tatsächlich wirksamen Zukunftsausgaben abbildet.

Beispielsweise zählen die Ausgaben im Bildungsbereich nach der Definition nicht zu der Investitionsquote. Wenn wir etwa in die Kinderbetreuung 662 Millionen Euro zusätzlich stecken, findet das im Sinne der Investitionsquote keine Berücksichtigung.

Sie sind aber eine klassische Zukunftsausgabe für die Kinder in Nordrhein-Westfalen für bessere Bildung, für bessere Teilhabe. Das ist die Voraussetzung für diese Kinder, den Aufstieg in diesem Land zu schaffen. Deswegen sind das in diesem politischen Sinne auch Investitionen.

Sie sehen also, dass der Vorwurf, wir würden zu wenig investieren, völlig falsch ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Aussprache zu diesem Teil.

Wir kommen zur **Einbringung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2020**. Dazu erteile ich für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Immer wenn der Landeshaushaltsplan in das Hohe Haus eingebracht wird, ist auch der Zeitpunkt gekommen, an dem wir die Gemeindefinanzierung für das Folgejahr vorlegen.

Sie wissen, welche Aufgaben Gemeinden und Gemeindeverbände in Summe zu tragen haben: Sie kümmern sich um die kommunalen Straßen, um Schulen und Kindertageseinrichtungen, Sporteinrichtungen, Infrastruktur, um die klassische Daseinsvorsorge, also um all das, was das Leben in einer Kommune letztlich ausmacht.

Das ist Sache der Gemeindefinanzierung, denn die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Erträge aus den kommunalen Steuern allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die Gemeindefinanzierung, die wir Ihnen nun für das Jahr 2020 vorlegen, kann sich blicken lassen. Es handelt sich um eine vorläufig verteilbare Finanzausgleichsmasse in Höhe von rund 12,7 Milliarden Euro, die im kommenden Jahr den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden zugewiesen werden soll.

Das sind noch einmal rund 2,6 % mehr als im laufenden Jahr 2019 – und der Steuerverbundzeitraum ist noch nicht beendet, denn Stichtag ist der 30. September. Dann rechnen wir, wie Sie wissen, noch einmal neu und können Ihnen die Modellrechnung vorlegen, sodass für die kommunalen Haushaltsplanungen Verlässlichkeit gegeben ist.

Mit dem GFG 2020 endet aber auch eine lange Ära, denn zum ersten Mal seit 2006 wird der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes wieder bei echten 23 % liegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erstmals seit der Gemeindefinanzierung im Jahr 2006 kann auf die Einplanung des sogenannten pauschalen Belastungsausgleichs für etwaige Überzahlungen im Rahmen der Kommunalbeteiligung an den Einheitslasten des Landes – Stichwort: Finanzierung der Deutschen Einheit – verzichtet werden.

Im laufenden GFG im Jahr 2019 ist immerhin noch ein Belastungsausgleich von rund 623 Millionen Euro